

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik



- **Arbeitsmarktreform: Wohlfahrtssektor in den Startlöchern: „Weide meine Lämmer“ – Seite 3**
- **Faschistische Mobilisierung fordert Gegenwehr heraus – Seite 12**
- **Opel: Schluss mit der Konfrontationspolitik gegenüber Beschäftigten und Kunden! – Seite 15**
- **Linke Schule Sondershausen: Kurs Wirtschaft diskutiert über Momente der Wert- und Preisbildung bei der Ware Arbeitskraft, Kurs Philosophie über Fragen von Bildung und Erziehung – Seite 17 / 20**

Ausgabe Nr. 22 am 21. Oktober 2004, Preis 1,80



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
– ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/624701, Fax: 0711/ 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de – Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761/34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711/62 47 01, Fax: 0711/ 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Teilzeit muss vielen reichen

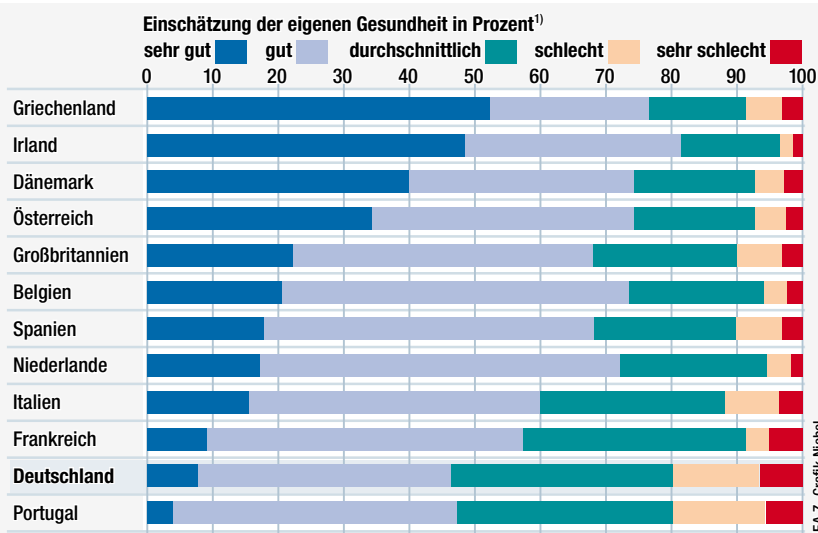
www.statistik-bund.de. 14.10. alk. Im Mai 2003 lebten von den 7,9 Mio. Teilzeiterwerbstätigen in Deutschland zwei Drittel (66%) überwiegend vom Einkommen aus der Teilzeitarbeit. Bei fast einem Viertel der Teilzeiterwerbstätigen (23%) stellte der Unterhalt durch Angehörige die wichtigste Quelle des Lebensunterhalts dar. Knapp jede zehnte Teilzeiterwerbstätige lebte im Wesentlichen von Arbeitslosengeld bzw. -hilfe (3%) oder Renten- und Pensionszahlungen (6%). Das zeigen die Ergebnisse des Statistischen Bundesamtes aus dem Mikrozensus, der größten jährlichen Haushaltsbefragung in Europa. 84% der Teilzeiterwerbstätigen sind Frauen. In den neuen Ländern und Berlin-Ost ist die Bedeutung der Erwerbsarbeit für den Lebensunterhalt teilzeittätiger Frauen besonders hoch. So war für 79% der weiblichen Teilzeiterwerbstätigen in Ostdeutschland das eigene Erwerbseinkommen die Haupteinkunftsquelle. Allerdings empfanden mehr als die Hälfte dieser Frauen den Teilzeitverdienst als unzureichend, denn 53% von ihnen strebten eigentlich eine Vollzeitstelle an. Im früheren Bundesgebiet stehen 28% der Teilzeiterwerbstätigen Frauen in der Rolle als Zuverdienerin, die ihren Lebensunterhalt vor allem durch Angehörige bestreitet, während das in Ostdeutschland nur 3%

der weiblichen Teilzeiterwerbstätigen tun. Von den westdeutschen Zuverdienerinnen gaben 72% an, die Teilzeittätigkeit wegen persönlicher oder familiärer Pflichten auszuüben. Zwei Drittel (67%) der westdeutschen Frauen mit Teilzeitstelle stufen die eigene Erwerbstätigkeit als wichtigste Unterhaltsquelle ein. Davon führten 69% die familiäre Situation als Grund für die eingeschränkte Arbeitszeit an.

Kopftuchgesetze weiterhin umstritten

www.bundesverwaltungsgericht.de. alk. Inzwischen liegt das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in der Klage der Lehrerin Frau Ludin gegen das Land Baden-Württemberg mit Begründung schriftlich vor. Das Land Baden-Württemberg bekam Recht, es muss Frau Ludin nicht einstellen, wenn sie sich weigert, ohne Kopftuch zu unterrichten. Das Urteil ist rechtskräftig, weil Frau Ludin entgegen ursprünglicher Erwägungen nicht vor weiteren Instanzen klagen will. Das Urteil schafft aber weitere Verwirrung. Ist jetzt das baden-württembergische Gesetz, obwohl es ausdrücklich christliche Symbole und Werte versucht vom Verbot der Zurschaustellung auszunehmen, nicht doch ein laizistisches Gesetz, das alle religiösen Symbole in den Schulen untersagt?

Europäisches Wohlbefinden



Wohlfühlfaktor schmiert ab

faz. 16.10.04. maf. Aus dem soeben erschienenen Eurostat Jahrbuch 2004 stellt die FAZ Daten zusammen, die belegen, wie kritisch die Lebensverhältnisse in der BRD von den Einwohnern gesehen werden. Danach bezeichnen fast fünfzehn Prozent der Deutschen im Lebensalter von fünfzehn Jahren an ihren Gesundheitszustand als „schlecht“, mehr als vier Prozent sogar als „sehr schlecht“. Da die Gesundheit als hoher Wert geschätzt wird, ist diese Einschätzung – vor allem im Vergleich zu Nachbarländern – ein Urteil, das die Schärfe in der gesundheitspolitischen Debatte verständlich macht und auch darüber hinaus als Zeichen zunehmender Instabilität begriffen werden kann.

Politische Berichte im Internet: www.gnn-archiv.staticip.de

Anlass zu dieser Vermutung geben einige Passagen in dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts. Kultusministerin Schavan hat stets behauptet, die Passage im baden-württembergischen Schulgesetz, wonach christliche Wertevermittlung nicht vom Verbot demonstrativer Religiosität betroffen sei, erlaube zum Beispiel den Unterricht in Nonnentracht. Auch der Vertreter des Landes bei der mündlichen Verhandlung hatte noch einmal ausdrücklich vorgebracht, dass in ländlichen Regionen der Unterricht in Nonnentracht durchaus üblich sei und daher nicht verboten. Nun heißt es aber im Urteil, die Privilegierung der christlichen Religion beziehe sich nur auf christliche Werte ganz allgemein, wie Gleichheit der Menschen, nicht aber auf bestimmte Glaubensinhalte. Auch würde das Schulgesetz keine regionalen Ausnahmen vorsehen, denn grundsätzlich müsse jeder Lehrer überall im Lande einsetzbar sein. Während Frau Schavan nun mit weiteren Ausflüchten wie Nonnentracht sei eine Berufskleidung versucht, ihre Position zu behaupten, gibt es einige Verfassungsrechtler und ehemalige Verfassungsrichter, die sagen, das Urteil sei klar: alle religiösen Symbole an Schulen sind untersagt. Während sich die wenigen unterrichtenden Nonnen in Baden-Württemberg kaum Sorge um ihre Zukunft im Schuldienst machen müssen, geht die Abgrenzung gegen islamische Lehrerinnen weiter: ein in Stuttgart bislang ruhendes Verfahren wird wieder aufgenommen.

Zivis bei der Polizei?

www.csu.de. 9.10. alk. Aufsehen erregte der bayerische Ministerpräsidenten Edmund Stoiber auf dem außen- und sicherheitspolitischen Kongress der CSU. Er sagte wörtlich: „Auch um die Abwehr des internationalen Terrorismus in unserem Land zu stärken, sollten wir prüfen, die Wehrpflicht als sicherheitspolitische Dienstpflicht neu zu definieren. Eine Überlegung könnte sein, die Wehrpflicht auf der Basis des Grundgesetzes weiter zu entwickeln. Dazu muss die Wehrpflicht als sicherheitspolitische Dienstpflicht für Männer gerecht und attraktiv ausgestaltet werden. Das heißt: Die Dienstpflicht könnte nicht nur bei der Bundeswehr, sondern insbesondere beim Zivil- und Katastrophenschutz, aber auch beim Bundesgrenzschutz oder in Abstimmung mit den Ländern auch bei Landespolizeien abgeleistet werden.“ Stoibers Idee stieß auf wenig Zustimmung: Polizeifachleute halten das für nicht praktikabel. Stoiber ging es auch weniger darum: Eingebettet war sein Vorschlag in die von ihm seit geraumer Zeit propagierte Idee, die Bundeswehr im Inneren zu allem Möglichen einzusetzen. Wir zitieren noch einmal wörtlich: „Wir müssen die Kon-

Handelsblatt, 1.10. rül. Am 4. November erhält die Bundesmarine ein neues Kriegsschiff: Die Fregatte „Sachsen“ wird in Dienst gestellt. 70.000 Seemeilen hat die 215-köpfige Besatzung dann mit dem Schiff schon auf Testfahrten zurückgelegt. 1993 hatte die Regierung Kohl den Bau der neuen Fregatten beschlossen. Die „Sachsen“ ist nun das erste fertige Schiff. Weitere sollen folgen. 1,5 Milliarden Euro hat das Rüstungsprojekt bisher gekostet. Die „Sachsen“ sei „das modernste Kriegsschiff der Welt“, schreibt das „Handelsblatt“. „Bislang seien amerikanische Kriegsschiffe das Nonplusultra der technologischen Entwicklung, doch das hat sich mit der Fertigstellung der ‚Sachsen‘ geändert.“ Aufgabe der Sachsen soll angeblich sein, „Führungsaufgaben in internationalen Flottenverbänden“ zu übernehmen. Dazu ist das Schiff mit Lenk- und Rohrwarfen, Torpedos, Raketen, zwei Hubschraubern und einem Weitbereichsradar ausgerüstet, dass den Luftraum bis 400 km überwacht. „High-Tech schützt vor dem Feind“ ist der Bericht überschrieben. Vor welchem Feind? Wie sagte schon Kaiser Wilhelm II bei der Expedition eines deutschen Geschwaders nach Tsingtau (China) am 16.12.1897: „Reichsgewalt bedeutet Seegewalt und Seegewalt und Reichsgewalt bedingen sich gegenseitig so, dass die eine ohne die andere nicht bestehen kann.“ Diese Fregatte dient deutscher Machtpolitik – militärisch und weltweit.

sequenzen aber auch daraus ziehen, dass Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit fließend geworden sind ... Dazu müssen unsere Streitkräfte auch in die Lage versetzt werden, zusammen mit Polizei und Bundesgrenzschutz Sicherheitsaufgaben im Inneren wahrzunehmen. Es geht beispielsweise um den Objektschutz, es geht um ABC-Schutz der Bevölkerung, es geht dabei auch um Einsätze im Rahmen des Zivil- und Katastrophenschutzes.“ Daher dürfe die Wehrpflicht auch nicht abgeschafft werden, so Stoiber.

Schilys Lagerpläne – zur Flüchtlingsselektion

Focus-online, 11.10.04. scc. Bundesinnenminister Schily hält an der Absicht fest, in Nordafrika Flüchtlingslager unter EU-Kontrolle ohne die in der EU immerhin noch geltenden Rechtsgarantien zu errichten. Nach jüngsten Äußerungen in einem Focus-Interview sollen diese Lager auch dazu dienen, Flüchtlinge auszusortieren, die für die EU-Länder womöglich von ökonomischem Interesse sind. Eine „Clearingstelle der EU in der Region“ könne, so Schily, die legale Zuwanderung steuern, „soweit einzelne Mitgliedsländer einen bestimmten Bedarf anmelden“. Zynisch seine Behauptung, gerade die Flüchtlinge, die „wirklich Schutz“ suchten, hätten dann die „Gewissheit, dass einem begründeten Schutzgesuch entsprochen“ werde und sie nicht die lebensgefährliche Fahrt über das Mittelmeer antreten müssten. Gegen seine Kritiker gewandt, erinnerte er an einen schon vor Jahren gefassten – tatsächlich



wenig bekannten – Beschluss der EU, illegale Flüchtlinge in die Transitländer zu verbringen und dort „zeitweise Aufnahmeeinrichtungen“ zu schaffen.

Struck betreibt Bundeswehreinsatz in Afrika

FAZ.net. 7.10.04. scc. Während Schily den vor Bürgerkriegen, Verfolgung und Hungerkatastrophen fliehenden Afrikanern den Weg nach Europa versperren will, bringt Kabinettskollege Struck erneut die Entsendung der Bundeswehr auf dem Kontinent in die Diskussion. In mehreren Interviews schloss er ihren Einsatz in Afrika allgemein und die Intervention in den Bürgerkrieg im Sudan konkret nicht aus. „Wir können nicht einfach zusehen, wenn es an irgendeiner Stelle des Kontinents zu Völkermorden kommt“, erklärte er gegenüber der Süddeutschen Zeitung. Gegenüber der FAZ prognostizierte er, kaum dass die Regierung im Sudan der Stationierung von Truppen der Afrikanischen Union im Land zugestimmt hatte, dass diese die Situation nicht in den Griff bekommen könnten. Die Bundeswehr stehe bereit, wenn ein Einsatz von den UN mandatiert und die Nato oder die EU um die Durchführung „gebeten“ würden. Der britische Premierminister erklärte, dass für die Zeit der britischen EU-Präsidentschaft im nächsten Jahr Afrika zum Mittelpunkt seiner Arbeit werde. Die im nächsten Jahr einsatzbereiten hoch mobilen Kampfgruppen der EU, die binnen weniger Tage zum Einsatz kommen können, könnten dabei eine große Rolle spielen. *Zusammenstellung: alk*

„Weide meine Lämmer“

Die veröffentlichte Kritik an Hartz IV ist leiser geworden. Das liegt nicht nur daran, dass Grundsätzliches ausgesprochen ist und jetzt abzuwarten bleibt, was in der Praxis folgt. Wahrscheinlich hat zum Leiserwerden von Einwänden auch beigetragen, dass die von Berufswegen mit der Kritik an den Sozialzuständen befassten Verbände sich in einer Doppelrolle befinden. Die verschiedenen kirchlichen und nichtkirchlichen Wohlfahrtsverbände hatten zu Beginn mit oft deutlichen Worten darauf hingewiesen, dass die vorgesehenen Leistungen nach dem Arbeitslosengeld II für ein menschenwürdiges Leben zu niedrig sind. Sie vertraten insofern die von ihnen betreuten Menschen.

Andererseits aber entwickelt der Wohlfahrtssektor inzwischen ein starkes eigenes Interesse an der Umsetzung von Hartz IV, und zwar bei der Schaffung der Arbeitsgelegenheiten, den so genannten Ein-Euro-Jobs. Vergangenen Monat trafen sich die Wohlfahrtsverbände mit den Ministerinnen Ulla Schmidt und Renate Schmidt und kurz darauf mit Wirtschaftsminister Wolfgang Clement zum Thema „Zusatzjobs im sozialen Sektor“. Der Pressemitteilung der BAG der Wohlfahrtsverbände

ist zu entnehmen, dass hier konkret über ein lukratives Geschäft gesprochen wurde (siehe Kasten). Die Bundesanstalt für Arbeit stellt bis zu 500 Euro je Beschäftigten zur Verfügung. Davon sei die Entlohnung, das sind rund gerechnet 200 Euro, zu finanzieren und wie es heißt „begleitende Maßnahmen der Betreuung“. Rechnet man den Aufwand für das Einkommen eines Betreuers mit rund 3000 Euro im Monat, dann lässt sich sagen, dass sich je 10 Betreute ein Aufseher finanzieren lässt – klar, dass der Wohlfahrtssektor hier Wachstumschancen sieht, wenn von bis zu 500 000 Personen gesprochen wird, denen bundesweit ab nächstem Jahr solche Zusatzjobs angeboten werden.

Nun wäre das alleine noch kein Einwand, wenn den Betreuten damit, wie hoch und heilig immer wieder beschworen, geholfen wird, ihre berufliche Qualifikation sich verbessert und letztlich die Chance wächst, wieder im allgemeinen Arbeitsmarkt unterzukommen. Aber geschieht das tatsächlich? Mit einigen Überlegungen kommen dann doch beträchtliche Zweifel auf.

Wir haben schon einmal darauf hingewiesen, dass ein wesentlicher Zweck der Arbeitsmarktreform die Verwertung brachliegender Arbeitskraft ist. Dabei handelt es sich nicht mehr nur um die klassische industrielle Reservearmee, also Beschäftigte, die je nach Konjunkturverlauf angesaugt oder ausgestoßen werden. Es sind zunehmend Menschen, die kaum in „normale“ Beschäftigungen kommen, die nicht die Chance hatten, das Arbeiten zu lernen, oder gesundheitlich angeschlagen sind, für ausgelaugt gelten und was es noch für Gründe gibt, sie vom Arbeitsmarkt aus-

zuschließen. Die ökonomische Idee von Hartz IV ist nun, durch Lohnsubvention diese Menschen in Beschäftigung zu bringen.

Dabei ergeben sich verschiedene Probleme: die Konkurrenz zum üblichen Arbeitsmarkt, weswegen immer wieder beteuert wird, die Jobs sollen keine regulären Arbeitsverhältnisse verdrängen. Das schränkt das sachliche Feld für diese Jobs ein: die Handwerkerverbände haben bereits angekündigt, dass sie gegen eine Ausdehnung von Dienstleistungen, wie sie jetzt bereits städtische oder karitative Einrichtungen anbieten (Wohnungsrenovierungen, Gartenarbeiten), vorgehen werden. So bleibt vor allem der Bereich der Altenpflege, Krankenhäuser, Schulen, Kindergärten



Verwendungsmöglichkeiten für 1-Euro-Jobber z.B. in Altenpflegeheimen: in der Küche, bei der Verteilung der Mahlzeiten, Wartungsarbeiten

Ein Geschäft lockt

Bundesministerinnen Renate Schmidt und Ulla Schmidt heben gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden Chance für Arbeitssuchende und soziale Dienste hervor

BERLIN, 6. SEPTEMBER 2004. Ziel von Politik und Gesellschaft ist es, möglichst viele Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu integrieren. Mit den Reformen am Arbeitsmarkt werden deutliche Impulse für mehr Beschäftigung gesetzt. Eine gemeinsame Anstrengung aller gesellschaftlichen Kräfte ist notwendig. Zusatzjobs bieten dabei eine Chance sowohl für die Arbeitssuchenden als auch für die sozialen Dienste. Über Rahmenbedingungen, Kriterien, Einsatzfelder und Zielgruppen für solche Zusatzjobs haben sich die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Renate Schmidt, und die Bundesministerin

für Gesundheit und soziale Sicherung, Ulla Schmidt, heute mit den Präsidenten und Vorsitzenden der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege ausgetauscht.

Bundesministerinnen Renate Schmidt und Ulla Schmidt erklären gemeinsam mit den Spitzenverbänden der Wohlfahrtspflege im Anschluss an das Gespräch:

1. Unser vorrangiges Ziel ist die Integration von Arbeitssuchenden in den Arbeitsmarkt. Um dies zu erreichen, sollen alle Chancen und Möglichkeiten der Arbeitsmarktreform genutzt werden. Zusatzjobs bieten langzeitarbeitslosen Arbeitssuchenden eine Möglichkeit, sich wieder in den Berufsalltag einzufinden und dadurch ihre Chancen auf eine reguläre Beschäftigung zu erhöhen. Die Wohlfahrtsverbände haben gegenüber der Bundesregierung ihre Bereitschaft signalisiert, bei diesem Prozess einen wesentlichen Beitrag zu leisten, entsprechende Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung zu stellen und die Schaffung von Zusatzjobs, d.h. zeitlich begrenzte Arbeitsgelegenheiten mit Mehr-

aufwandsentschädigung nach SGB II, aktiv zu unterstützen.

2. Gerade im sozialen Sektor ist ein hoher Bedarf an gemeinwohlorientierten Tätigkeiten vorhanden, die mit Zusatzjobs ausgefüllt werden können. Sie steigern die Qualität gerade im Bereich von Betreuung und Pflege, ohne dass dadurch reguläre Beschäftigung ersetzt wird. Die Wohlfahrtsverbände gehören zu den größten Anbietern sozialer Dienstleistungen in Deutschland. Sie sind Arbeitgeber, sie haben langjährige Erfahrung in der Betreuung von Langzeitarbeitslosen und Sozialhilfeempfängern. Für die Bundesregierung sind sie daher unverzichtbare Partner.

3. Es ist ein großer Fortschritt, dass Langzeitarbeitslosen Beschäftigungsmöglichkeiten in Form von Zusatzjobs angeboten werden. Auf begleitende Maßnahmen zur sozialpädagogischen Qualifizierung kann schon heute nicht verzichtet werden. Die Bundesagentur für Arbeit stellt für ein derartiges Beschäftigungsverhältnis bis zu 500 Euro zur Verfügung. Daraus sind die Entloh-



usw., die von der öffentlichen Hand, den Wohlfahrtsverbänden oder Vereinen betrieben werden.

Auch bei der Frage, wer solche lohnsubventionierte Beschäftigungen anbieten soll, stellt sich das Konkurrenzproblem: Private Anbieter scheiden weitgehend aus, zu naheliegend die Vermutung, dass hierüber nur Lohndumping betrieben würde, um die Konkurrenz auszuschalten. Verbleiben als Beschäftiger nur die Kommunen und die Wohlfahrtsverbände. Mit den Einschränkungen bei den Tätigkeitsfeldern und den Anbietern entstehen aber einige Probleme.

Kirchen als Arbeitgeber

Dass die Kirchen und karitativen Verbände ein Verwertungsmonopol für subventionierte Beschäftigung erhalten, unterstreicht den Zwangscharakter. Entrechtung der Beschäftigten aus Tendenzgründen ist bekannt und erhält

durch die Trennung in Aufseher und Jobber noch besondere Schärfe. Hier ist also für die Gewerkschaften ein Tätigkeitsfeld, dem sie sich zuwenden müssen.

Lohndumping nicht ausgeschlossen

Auch wenn der Sektor beschränkt ist, in dem es die subventionierte Lohnarbeit geben soll, ist eine Konkurrenz zu marktmäßig angebotenen Produktionen nur schwer auszuschließen. Wenn es heißt, es solle zum Beispiel an den Krankenhäusern nur der Zivi ersetzt werden, so hat doch schon der Zivildienstleistende reguläre Beschäftigte verdrängt, was nur in den Zeiten des Pflegekräftemangels nicht so auffiel.

Wechsel in den regulären Markt erschwert

Das wahrscheinlich größte Problem ist, dass die subventionierte Lohnarbeit unter der Kuratel der religiösen und nicht-religiösen Wohlfahrtsverbände im Sektor Handreichungen zur Betreuung von Alten, Kindern usw. kaum zur Qualifizierung für den regulären Arbeitsmarkt beitragen wird. Gerade die vielen Schwüre, dass eine Verfestigung des Lebens als „working poor“, als zur Arbeit gezwungener Armer, nicht erfolgen soll, zeigen, dass hier ein Problem vorhanden ist. Es handelt sich ja nicht um eine vorübergehende, eventuell allmählich sich verringernde Lohnsubvention, die den Start in eine Tätigkeit erleichtern soll, sondern um die Etablierung eines eigenständigen Sektors der Wohlfahrtsindustrie. In diesem, so ist zu befürchten, werden mehrere hunderttausend Menschen zu Bedingungen arbeiten, die es sonst nicht gibt. Die Arbeitskraft wird

vernutzt, aber weit unter jeder Wertbestimmung bezahlt, die Differenz zum Überleben gibt's als Staatszuschuss. Die Folge: weil die Arbeitskraft nicht zu ihrem Wert bezahlt wird, kann sie sich nicht reproduzieren, der Zugang zum regulären Arbeitsmarkt bleibt langfristig versperrt.

Und: Der Anwender verliert jeden Respekt vor dem so Beschäftigten. Er erscheint ihm als Ein-Euro-Jobber, den man zum Arbeiten – nun vielleicht nicht gerade zwingen, aber doch anhalten muss, obwohl von der Gesellschaft ganz andere Geldmittel investiert werden (345 Euro ALG II + Wohnung ca. 250 Euro + 500 Euro für Aufseher und Entlohnung sind immerhin schon fast 1100 Euro).

Historische Vergleiche fallen einem ein: Armenhaus, Klöster zur Entsorgung überzähliger Landbevölkerung. Die staatliche geförderte Etablierung eines unter Führung der Kirchen stehenden Sektors der Wohlfahrtsarbeiten, ist nicht gerade das, was man sich als Modernisierung des Arbeitsmarktes wünscht.

Öffentliche Kontrolle nötig

Überall in den Städten und Landkreisen werden derzeit die Organisationen gebildet, die die Arbeitsmarktreform umsetzen sollen, entweder als Arbeitsgemeinschaften zwischen den Kommunen und dem Arbeitsamt oder eher ausnahmsweise vollständig unter Regie der Kommune. Dabei zeigt sich als Tendenz, wie der Bericht aus München zeigt, die öffentliche Kontrolle einzuschränken. Das darf aber nicht sein, sonst sind am Ende die Betroffenen rechtlos und die Profiteure pflichtenlos. *alk*

nung, aber auch begleitende Maßnahmen der Betreuung sowie der Qualifizierung der Betroffenen zu finanzieren. Damit besteht die Möglichkeit, neben der reinen Vermittlung in derartige Tätigkeiten auch begleitende, betreuende bis hin zu qualifizierenden Maßnahmen für die jeweiligen Personen zu organisieren und zu finanzieren.

- Zusatzjobs sind zusätzliche Arbeitsplätze, d.h. es dürfen keine regulären Arbeitsplätze verdrängt werden.
- Zusatzjobs erhöhen die Qualität sozialer Dienstleistungen.
- Zusatzjobs können zur sozialen und gesellschaftlichen Integration beitragen und bieten Arbeitsgelegenheiten auch für Menschen ohne berufliche Qualifikation.
- Zusatzjobs sollten vor Ort in Kooperation mit den Trägern sozialer Einrichtungen und den Wohlfahrtsverbänden organisiert werden.
- Geeignete Begleitinstrumente zur Steuerung und Evaluation sowie zur Vermeidung von Fehlentwicklungen werden entwickelt.

4. Sinnvolle Tätigkeitsfelder für Zusatzjobs reichen von Einrichtungen der Altenhilfe und Pflege, Werkstätten für behinderte Menschen, Krankenhäusern, ambulanten sozialen Diensten, Familienunterstützenden Diensten, Schulen und Kindertagesstätten über Einrichtungen der offenen Jugendhilfe und Sportvereinen bis zu Dienstleistungen für Alleinstehende, Alleinerziehende, Jugendliche, Seniorinnen und Senioren oder Migrantinnen und Migranten. Zusatzjobs können und dürfen die notwendige Fachqualifikation nicht ersetzen. Zusatzjobs können z.B. überall dort eingerichtet werden, wo freie Zivildienstplätze nicht besetzt werden.

Beim Ausbau der Kinderbetreuungsmöglichkeiten werden neben der pädagogischen bzw. sozialpädagogischen Arbeit auch Tätigkeiten anfallen, die keiner spezifischen Vorqualifikation bedürfen, wie z.B. Unterstützung bei der Essensausgabe oder Hilfen beim Ankleiden. Gleiches gilt für die offene Ganztagschule.



Wohlfahrtssektor in der Eigendarstellung

Dachverband BAG der Freien Wohlfahrtspflege e.V.: „Freie Wohlfahrtspflege“ ist die Gesamtheit aller sozialen Hilfen, die auf freigemeinnütziger Grundlage und in organisierter Form in der Bundesrepublik Deutschland geleistet werden. Freie Wohlfahrtspflege unterscheidet sich einerseits von gewerblichen – auf Gewinnerzielung ausgerichteten – Angeboten und andererseits von denen öffentlicher Träger. In den Einrichtungen und Diensten der Wohlfahrtsverbände sind rund 1,2 Millionen Menschen hauptamtlich beschäftigt; schätzungsweise 2,5 bis 3 Millionen leisten ehrenamtlich engagierte Hilfe in Initiativen, Hilfswerken und Selbsthilfegruppen. Die Wohlfahrtsverbände sind föderalistisch strukturiert, d. h. die Gliederungen und Mitgliedsorganisationen sind überwiegend rechtlich selbstständig. Sie haben sich in sechs Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege zusammengeschlossen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind geprägt durch unterschiedliche weltanschauliche oder religiöse Motive und Zielvorstellungen.

Arbeiterwohlfahrt (AWO): 600 000 Mitglieder und ca. 100 000 Ehrenamtliche unterstützen die sozialen Aufgaben des Verbandes. Die AWO hat sich in ihrer Geschichte zu einem modernen Dienstleistungsunternehmen entwickelt mit 140 000 Beschäftigten in ca. 10 000 sozialen Diensten und Einrichtungen. Ins Leben gerufen wurde die AWO durch Marie Juchacz, Mitglied der Weimarer Nationalversammlung und spätere Reichstagsabgeordnete. Offizielles AWO-Gründungsdatum ist der 13. Dezember 1919. Von 1933 bis 1945 war die AWO verboten. 1946 wurde der Verband wieder gegründet. Die AWO ist ein ehrenamtlich geführter politischer Interessenverband und zugleich gemeinnütziges Dienstleistungsunternehmen. www.awo.de

Der Deutsche Caritasverband mit Sitz in Freiburg im Breisgau – 1897 durch Lorenz Werthmann gegründet – ist der Wohlfahrtsverband der katholischen Kirche in Deutschland. Er umfasst 27 Diözesan-Caritasverbände mit 636 Orts-, Kreis- und Bezirks-Caritasverbänden, 262 caritative Ordensgemeinschaften und 19 Fachverbände. Dem Deutschen Caritasverband sind 25 699

Einrichtungen mit 1 233 809 Plätzen angeschlossen. In diesen Einrichtungen sind 495.219 voll- und teilzeitbeschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tätig. www.caritas.de

Der Paritätische ist ein Wohlfahrtsverband von eigenständigen Organisationen, Einrichtungen und Gruppierungen in der sozialen Arbeit. Er unterstützt und vertritt seine mehr als 9 800 Mitgliedsorganisationen in 16 Landesverbänden mit über 280 Kreisgeschäftsstellen. www.paritaet.org

Deutsches Rotes Kreuz (DRK): Mit 75 000 hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und mehr als 400.000 Ehrenamtlichen, mit über vier Millionen Mitgliedern in 19 Landes-, 529 Kreisverbänden, ca. 5.000 Ortsvereinen und dem Verband der Schwerterschaften ist das DRK Teil der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. www.drk.de

Dem Diakonischen Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland (DW der EKD) gehören als Mitglieder die Diakonischen Werke der 24 evangelischen unierten, reformierten und lutherischen

Demokratische Kontrolle bei der Umsetzung von Hartz IV sichern!

Die Landeshauptstadt München will die Kooperation mit der Agentur für Arbeit in einer GmbH durchführen, die von den beiden Partnern zu je 50 Prozent beherrscht wird. Die GmbH soll einen Beirat erhalten, in dem eine Reihe von Institutionen präsent sind, die Hartz-IV-Maßnahmen tragen oder von ihnen berührt werden. Der Beirat kann sich dreimal im Jahr Berichte anhören und dazu Bemerkungen machen. Ansonsten schaltet und waltet die Geschäftsführung.

Gegenwärtig hat der Stadtrat auf alle Tätigkeiten der städtischen Referate, z.B. des Sozialreferates ein umfassend ausgestattetes Frage- und Antragsrecht. So hat er einen beständig steuernden Einfluss auf die Verwaltung. Weil alle Tätigkeiten jederzeit öffentlich zur Sprache kommen können, muss jede Verwaltungsaktion jederzeit im Lichte der Öffentlichkeit bestehen können. Das ist für die Selbstachtung der Verwaltungsangestellten bzw. -beamten und auch für Diskussionen innerhalb der Verwaltungshierarchie wichtig. Alle Beteiligten können und müssen sich auf den Auftrag der Öffentlichkeit besinnen. Die Stadträtinnen und Stadträte sind auf Grund ihres

Fragerechtes in der Lage, die Öffentlichkeit zu repräsentieren. An sie werden zweifelhafte Vorgänge herangetragen. Es entstehen Verbindungen zwischen dem Publikum und den politischen Repräsentanten.

Für die Öffentlichkeit und auch für jeden einzelnen Bürger ist es ebenfalls wichtig, sich mit einem Problem an ein Mitglied des Stadtrats wenden zu können.

Daneben gibt es mit dem Sozialhilfeausschuss und dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss weitere Gremien, in dem die Öffentlichkeit und die Betroffenen direkt vertreten sind.

Mit der geplanten GmbH-Gründung werden diese demokratischen Beziehungen, die Verwaltung, Leistungsempfänger/innen, Öffentlichkeit und Stadtrat verbinden, auf einen Schlag gekappt. Ebenso sind die Einflussmöglichkeiten, die bisher durch das drittelparitätische Modell von Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Staat in der Agentur für Arbeit gegeben waren, abgeblockt.

Die GmbH wird ein abgekapseltes, im Wesentlichen der Effizienz verpflichtetes System.

Dies ist in vielen Fällen der Bereitstellung öffentlicher Güter problematisch.

Im Fall von Hartz-IV-Klienten gilt aber zusätzlich die Devise: Fördern und Fordern. Das definiert eine extreme Abhängigkeit, die, wenn überhaupt, dann nur im öffentlichen Interesse vertretbar

ist und jedenfalls nach Kontrolle durch die Öffentlichkeit verlangt.

Keinesfalls darf dies aber in der verschwiegenen, von allem anderen durch den eng definierten Kreis des Geschäftszwecks abgeschlossenen Welt einer GmbH durchgezogen werden.

Würde für die Ausgestaltung der Kooperation zwischen der Stadt und der Agentur für Arbeit eine öffentlich-rechtliche Form gewählt, wäre es zweifellos leichter, die Interessen der Öffentlichkeit und an Öffentlichkeit zu institutionalisieren.

Das bayerische Sozialministerium hat sich zwar aus „rechtlichen Bedenken“ gegen eine öffentlich-rechtliche Gestaltung der Kooperation ausgesprochen und die Gründung von GmbHs empfohlen.

Der Münchner Stadtrat muss sich in dieser Sache jedoch ein eigenes Urteil bilden.

Die Landeshauptstadt Stuttgart z.B. hat sich für eine öffentlich-rechtliche Arbeitsgemeinschaft entschieden. Mit den politischen und sozialen Problemen, die mit Hartz IV unweigerlich verbunden sind, wird sich der Stadtrat auf jeden Fall beschäftigen müssen. Dann muss er aber auch weiterhin über ausreichend Gestaltungsmöglichkeiten verfügen.

Aus diesem Grund wird die PDS offene Liste im Stadtrat einen Beschlussantrag vorlegen mit dem Ziel, zur Kooperation von LHM und Agentur für Arbeit München zur Umsetzung der Hartz

Landeskirchen der EKD, neun Freikirchen mit ihren diakonischen Einrichtungen sowie rund 90 Fachverbände der verschiedensten Arbeitsfelder an. Diese Mitglieder repräsentieren über 27 000 selbstständige Einrichtungen unterschiedlicher Größe und Rechtsform mit mehr als einer Million Betreuungsplätzen, in denen über 450 000 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter voll oder teilzeitbeschäftigt sind. www.diakonie.de

Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland (ZWST): Die ZWST vertritt rund 100 000 Mitglieder (Stand 2002) in zwölf jüdischen Landesverbänden, acht jüdischen Gemeinden sowie den jüdischen selbstständigen Frauenbund. Das soziale Engagement der ZWST umfasst u. a. Freizeiten und Erholungsmaßnahmen für Senioren und Jugendliche, Aus- und Fortbildungsseminare und unterstützt die soziale Arbeit in den jüdischen Gemeinden. Vor dem Hintergrund der Zuwanderung jüdischer Migrantinnen und Migranten aus der ehem. Sowjetunion seit 1990 ist die soziale und religiöse Integration der Zuwanderer ein Schwerpunkt der sozialen Arbeit. www.zwst.org

IV Gesetze eine öffentlich-rechtliche Arbeitsgemeinschaft zu errichten.

Sollte die rot-grüne Stadtratsmehrheit nicht wagen, sich eine von den Hinweisen der Staatsregierung abweichende Rechtsauffassung zu bilden, wird beantragt, den GmbH-Vertrag wird dahingehend überarbeitet, dass:

1. Rechte und Pflichten der Geschäftsführung der zu gründenden GmbH vereinbart werden, die den Rechten und Pflichten eines berufsmäßigen Stadtrats ähneln. Dazu gehört vor allem: Mindestens die Hälfte der Mitglieder der Geschäftsführung werden durch die Vollversammlung des Stadtrats gewählt; Anwesenheit und Vortrag der Geschäftsführung in der Vollversammlung des Stadtrats; umfassendes Anfrage- und Antragsrecht des Stadtrats und von einzelnen Stadtratsmitgliedern.

2. Besetzung, Rechte und Pflichten des Beirats der GmbH erweitert werden, damit die bisherigen Aufgaben des Sozialhilfeausschusses, des Kinder- und Jugendhilfeausschusses und des paritätisch besetzten Beirats der Agentur für Arbeit übernommen werden können.

Die Tendenz, auf Basis der Hartz-IV-Gesetze die bisherigen Kontroll- und Einflussmöglichkeiten sowohl der Kommune wie auch der Bundesagentur abzuschütteln, ist unübersehbar, und die Beteuerungen der Akteure, für die Hartz-IV-Betroffenen das Beste zu wollen, werden fragwürdig, wenn schon ihr erster Schritt Entrechtung bedeutet.

Brigitte Wolf

EU-Beitrittsbeschluss zur Türkei

Das Einkommensgefälle in der EU wächst weiter

Der Beitritt der Türkei werde die wirtschaftlichen Unterschiede in der EU weiter verschärfen, lautet eine der Erwartungen, die die EU-Kommission mit dem beginnenden Beitrittsprozess verbindet und die sie bei Bekanntgabe ihrer zustimmenden Entscheidung der Öffentlichkeit verkündete. Wohl wahr.

Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung von Portugal, des bis April dieses Jahres ärmsten Landes der EU, liegt bei etwa 45% des EU-Durchschnitts. Schon die Osterweiterung der EU am 1.5.04 dehnte diese Einkommensunterschiede aus: das polnische Pro-Kopf-Einkommen (BIP) liegt derzeit bei 20% des EU-Durchschnitts. Das Bruttoinlandsprodukt der Türkei liegt verglichen damit noch einmal erheblich niedriger – bei etwa 3.000 € je Einwohner, 60% niedriger als in Polen. Auch wenn sich die Relationen anders darstellen, wenn die Pro-Kopf-Einkommen nicht nach Währungskursen verglichen werden, sondern nach Kaufkraft, bleibt das Ergebnis: Der Beitritt der Türkei wird die Einkommensunterschiede in der EU erheblich vergrößern.

Am 17. 12. soll nach dem Ja der Kommission der EU-Gipfel in Brüssel den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei beschließen. In der Presse wird erwartet, dass nur die Regierung des griechischen Teils von Zypern eventuell noch Probleme machen wird. Irgendwann im nächsten Jahr sollen dann die Verhandlungen beginnen, vermutlich in 15 Jahren, also im Jahr 2019, soll die Türkei förmlich Mitglied werden. Lange vorher, vermutlich 2007, ist bereits der Beitritt Rumäniens und Bulgariens vorgesehen. Kroatien und Mazedonien haben ebenfalls Beitrittsan-

träge an die EU gestellt. Bis auf Reste des früheren Jugoslawiens (Serbien, Bosnien-Herzegowina), Albanien, Norwegen, Island und Schweiz wäre damit bis 2019 praktisch ganz Europa plus die Türkei in der EU. Zum Vergleich: Die EU-Osterweiterung dauerte vom Maastrichter Vertrag 1992 bis 2004, 12 Jahre.

Es ist gerade das extreme Einkommensgefälle zwischen der jetzigen EU und der Türkei, das die großen Wirtschaftsverbände und Konzerne in der EU ebenso wie die türkische Unternehmen so interessiert an diesem Prozess. Sie versprechen sich enorme Geschäfte.

EU-Einkommensgefälle bald größer als in den USA

Mit dem Beschluss über den Beginn des Beitrittsprozesses der Türkei wächst der EU-Wirtschaftsraum von bisher 450 auf künftig 520 Millionen Einwohner. Das sind fast doppelt so viel Menschen wie in den USA. Die Unterschiede im Pro-Kopf-Einkommen werden in diesem kontinentalen europäischen Markt mehr als doppelt so groß sein wie in den USA. Der ärmste Staat in den USA, Mississippi, hat ein Pro-Kopf-Einkommen von 37% des US-Durchschnitts. Die Türkei dagegen erreicht derzeit gerade einmal ein Siebtel des EU-Durchschnitts. Hinzu kommt: Mississippi hat knapp 3 Millionen Einwohner, die Türkei fast 70 Millionen.

Den europäischen Konzernen entsteht also mit dem Beitritt der Türkei ein riesiges Billiglohnreservoir, auf das sie bei ihren strategischen Planungen und Kalkulationen schon jetzt zugreifen können. Sie brauchen nicht bis 2019 zu warten. Eine Freihandelszone besteht mit der Zollunion zwischen der EU und

Land 2003	BIP pro Kopf, Euro	BIP pro Kopf nach Kaufkraftparitäten	Bevölkerung in Millionen
Portugal (2002)	10.720	17.820	10,2
Estland	5.470	10.230	1,4
Lettland	3.760	8.890	2,3
Litauen	4.490	10.050	3,5
Malta	11.330	16.800	0,4
Polen	4.830	10.400	38,6
Slowakei	5.450	11.900	5,4
Slowenien	12.280	16.920	2,0
Tschech. Republik	7.720	15.210	10,2
Ungarn	7.120	13.400	10,2
Zypern	16.840	18.930	0,8
neue EU-Staaten	5.900	11.810	74,3
EU 15 (bis 1.5.04)	24.260	24.260	379,5
EU 25 (ab 1.5.04)	21.270	21.270	453,8
Türkei	3.000	6.300 (2002)	69,6
Zum Vergleich:			
USA (2002)	35.400	36.110	288,4
Japan (2002)	34.010	27.380	127,1

Quellen: Fischer Weltalmanach 2005, Eurostat

der Türkei schon jetzt auf vielen Gebieten.

Neuer „Tigerstaat“ Türkei?

Auf solche wirtschaftliche Kalkulationen hoffen auch die Regierung und das Unternehmerlager in der Türkei. Sie erwarten sich von der formellen Einleitung des Beitrittsprozesses den Beginn eines langanhaltenden Zustroms von ausländischem Kapital in das Land am Bosphorus, angelockt von den Niedriglöhnen in der Türkei und von der Aussicht, mit Produkten aus diesem Niedriglohnland in Zukunft nicht nur den gesamten Markt der EU, sondern auch die Absatzmärkte im Mittleren Osten beliefern zu können.

Schon ist in der Presse die Rede vom neuen „Tigerstaat“ Türkei, vom „Korea am Bosphorus“. Ob diese Spekulation aufgeht, werden die nächsten Jahre zeigen. Nicht nur die bis heute ungelöste kurdische Frage lastet auf der Türkei. Die seit Jahrzehnten ausgebliebene Landreform, ein schlechtes Bildungssystem und die grassierende Korruption sowie ein schwerfälliger Justizapparat gelten als weitere Hindernisse für ausländische Investitionen.

Wirtschaft und Demokratie sind zweierlei Dinge

Fest steht auch: Wirtschaftlicher Aufschwung und die von vielen erhoffte Demokratisierung der Türkei und damit verbundene Lösung der kurdischen Frage sind zwei verschiedene Themen. Südkorea beispielsweise war lange Jahre seines wirtschaftlichen Aufstiegs ein extrem repressives Regime. Erst in großen Klassenkämpfen gelang es Gewerkschaften und linken Parteien in den 80er Jahren, schrittweise eine Demokratisierung durchzusetzen. Singapur, Taiwan, Thailand und andere wirtschaftlich wachsende Staaten sind noch heute repressiv und autoritär. Ein wirtschaftlicher Aufschwung der Türkei bedeutet also keineswegs, wie gelegentlich behauptet wird, auch quasi „automatisch“ eine Demokratisierung. Hinzu kommt: Solange die Türkei als Frontstaat des Westens zu den arabischen Ländern agiert, wird der Einfluss der Militärs und des repressiven Sicherheitsapparats in der Türkei hoch bleiben.

Dennoch werden die Spekulationen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung in der Türkei schon tüchtig genährt. Die deutschen Exporte in die Türkei seien schon im Vorfeld der Entscheidung der EU-Kommission in die Höhe geschneit, betonen BDI und Industrie- und Handelstag. Tatsächlich sind die deutschen Exporte im ersten Halbjahr 2004 um 50% auf 6 Milliarden Euro gestiegen. Wie viel davon aber wirklich für die Türkei bestimmt war und wie viel in Wirklichkeit verdeckte Lieferungen für den US-Krieg im Irak, wird sich vermutlich nie aufschlüsseln lassen.

EU-weite Sozialstandards werden dringend

Dennoch steht fest: Der Beschluss der EU-Kommission und endgültig die Entscheidung der Staats- und Regierungschefs der EU am 17. Dezember in Brüssel machen den Weg frei für starke wirtschaftliche Interessen, die das niedrige Lohn- und Einkommensniveau in der Türkei für große, auch industrielle Geschäfte nutzen wollen, um mit in der Türkei produzierten Waren in der EU und im arabischen Raum Extraprofite zu erzielen.

Die sozialen Spannungen in der EU werden durch die Erweiterung so noch einmal größer. Der Druck auf die sozialen und tariflichen Standards in den (noch) industriellen Kerngebieten der EU, in der sogenannten „Banane“ von Südkorea über Benelux, NRW, Baden-Württemberg und Bayern bis Norditalien, wird noch stärker werden. Die Notwendigkeit für Gewerkschaften, soziale Bewegungen und linke Parteien, sich für europäische soziale Mindeststandards zu engagieren, wächst.

Was wird mit den Flüchtlingen?

Andere Probleme kommen hinzu. Insbesondere die vielen kurdischen Flüchtlinge, die in den letzten Jahren nach Europa geflohen sind, werden unter zusätzlichen Druck kommen, wenn sie keinen sicheren Aufenthaltsstatus haben. Ihr Asylgrund, ohnehin schon jetzt von Gerichten vielfach nicht anerkannt, wird in absehbarer Zeit noch weniger akzeptiert werden. Wer bisher nur „geduldet“ war, dem droht mehr denn je die Abschiebung. Die zynische Bemerkung Verheugens, in der Türkei werde nicht mehr systematisch gefoltert, zeigt, worauf die Rechtssprechung und Verwaltungspraxis europäischer Behörden beim Umgang mit diesen Flüchtlingen abzielt.

Neue Chancen für gleiche Rechte

Auf der anderen Seite entsteht durch den Beschluss der Kommission und demnächst der Regierungschefs auch eine Chance. Der Status der kurdischen und türkischen Arbeitsmigration in Europa bessert sich erheblich. Als „Drittstaatenangehörige“ waren sie bisher zahlreichen Schikanen und Diskriminierungen ausgesetzt, angefangen von der Visapflicht für Reisen zwischen EU und Türkei, über die Verweigerung des Wahlrechts und viele andere Diskriminierungen. Hier entstehen durch den Beschluss der EU neue Möglichkeiten, endlich die Aufhebung dieser seit Jahrzehnten bestehenden Diskriminierung zu verlangen. Das fordern auch schon zahlreiche türkische und kurdische Vereine. Die Gewerkschaften, PDS und andere Linke sollten diese Anliegen energisch aufgreifen und unterstützen. *rül*
Quellen: Handelsblatt, 30.9. bis 7.10.04

Neues vom ständigen Sitz

Das asiatisch-europäische Treffen vom 9./10. Oktober ist längst wieder aus den Schlagzeilen. Der Schaden, den Bundeskanzler Fischer dort dem Ausgleich in Europa zugefügt hat, wird aber länger nicht heilen. Der größere Teil der Presse hat es gar nicht gemeldet. Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* allerdings berichtet, am 20.20. aus Hanoi, dass nach Angaben aus der deutschen Delegation die Asem-Staaten Italien, Frankreich und Polen eine Formulierung in der Abschlusserklärung verhindert hätten, die der gemeinsamen Initiative von Deutschland, Japan, Indien und Brasilien Unterstützung gegeben hätte. In der deutschen Delegation sei daraufhin, das zitiert der Berichterstatter vor Ort wörtlich, von einer „neuen Achse der Verhinderung“ die Rede gewesen.

Die Konnotationen des Begriffes der Achse in der internationalen Politik sind unschön. *

Damit ist ein sehr hoher Grad der Unverschämtheit erreicht.

Auf dem Wege der Anmaßung hat das Auswärtige Amt unter Führung des Kanzlers Schröder schließlich auch die Republik Polen gegen sich aufgebracht. Mit gutem Grund urteilt die *Frankfurter Allgemeine*, die deutsche Bewerbung um einen ständigen Sitz im Welt sicherheitsrat habe einen „weiteren Dämpfer“ erlitten.

Verwelkt sind auch die Kränze des Chinareisenden Fischer, der vor Zeiten von der Unterstützung Chinas berichtete. Am 11.10. berichtet der *FAZ*-Korrespondent aus Peking anlässlich eines Besuchs von UN-Generalsekretär Kofi Annan, China habe zwar „Verständnis“ für den deutschen Wunsch nach einem ständigen Sitz im Sicherheitsrat geäußert, inoffiziell ist aber deutlich geworden, dass China keinen japanischen Sitz wünscht. So erfreulich es ist, dass die deutschen Großmachtambitionen weltweit auf Widerstand stoßen, so traurig ist, dass sie überhaupt artikuliert werden und dass die SPD und die Bündnisgrünen Fischer und Schröder einfach machen lassen. *maf*

* <http://de.wikipedia.org>: Achsenmächte bezeichnet im Zusammenhang des Zweiten Weltkriegs das Deutsche Reich und seine wechselnden Verbündeten, insbesondere Italien und Japan, und damit die Gegner der Alliierten. Diese Bezeichnung geht zurück auf eine Rede Mussolinis am 1. November 1936, in der er von einer „Achse Berlin-Rom“ sprach, nachdem kurz zuvor ein Geheimvertrag zwischen Italien und dem Deutschen Reich geschlossen worden war.

Daneben gab es die „Achse Berlin-Tokio“. Der Begriff der „Achse“ wurde nach dem 11. September 2001 von George W. Bush als „Achse des Bösen“ wiederbelebt.



Streik und Aussperrung in den großen Hotels von San Francisco (wir berichteten) dauern an. Mitte Oktober stimmten 3.139 Beschäftigte bei 88 Gegenstimmen für Streik, wenn die Hoteleigner keinen fairen Tarifvertrag unterzeichnen. Mitte August sind die alten Tarifverträge ausgelaufen. Die Vertreter der Hotels wollten lediglich eine Erhöhung von 5 Cent für Beschäftigte, die 8\$/Stunde erhalten, zahlen und keinen müden Cent für Beschäftigte, die mehr erhalten. Außerdem wollten sie die Beiträge der Beschäftigten zur medizinischen Versorgung erheblich erhöhen. (Quelle: Indymedia San Francisco Bay)

Misshandlungen von Gefangenen auf Guantanamo

Ein Bericht der *New York Times* hat jetzt den Verdacht bestätigt, dass Gefangene auf Guantanamo folterähnlichem Maßnahmen ausgesetzt wurden. Demnach mussten sich „widerspenstige“ Gefangene bis auf ihre Unterwäsche ausziehen und an Händen und Füßen gefesselt bis zu 14 Stunden in grellem Licht und bei lauter Musik ausharren. Klimaanlage seien extrem hochgefahren worden. Andere Gefangene wurden mehrfach in der Nacht aus dem Tiefschlaf gerissen, verhört und immer wieder verlegt. (Quelle: dpa)

Kinderarbeit in der indischen Baumwollproduktion

In der indischen Baumwollproduktion sind mehr als 100.000 Kinder tätig. Shanta Sinha, die Generalsekretärin der indischen MV-Stiftung, die vor Ort gegen Kinderarbeit kämpft, nennt als deren Hauptursache die unfairen Vertragsbedingungen, die Konzerne wie Bayer den Baumwollfarmern aufzwingen (s. nächste Meldung). Die Preise, die ihnen von den Konzernen gezahlt werden, seien so niedrig, dass sie billige Kinderarbeiter in Schuldknechtschaft anstellen müssen. „Deshalb ist eine unserer Hauptforderungen, dass faire Verträge mit den Farmern geschlossen werden, damit die Ausbeutung der Kinder endlich aufhört!“ Verschiedene NGOs aus Indien und Europa fordern u.a.: Sofortige Umsetzung eines Aktionsplans, um Kinderarbeit in der indischen Baumwollindustrie abzuschaffen und

um zu garantieren, dass jedes Kind zur Schule geht; Zahlung fairer Preise an die Baumwollfarmer, damit sie erwachsene Arbeiter anstellen und diesen wenigstens den offiziellen Mindestlohn zahlen können, sowie gleiche Löhne für Männer und Frauen; Abschaffung aller Formen von Schuldknechtschaft in der Baumwollsaatgutproduktion; Schutzanzüge und -ausrüstung für die Arbeit mit Pestiziden; Respektierung der Rechte der Arbeiter zur Bildung von Gewerkschaften und zu gemeinsamen Tarifverhandlungen. (Quelle: PE der Coordination gegen Bayer-Gefahren)

OECD-Beschwerde gegen Bayer wegen Kinderarbeit in Indien

Nach Angaben der Coordination gegen Bayer-Gefahren und anderer NGOs beschäftigten Zulieferer des Leverkusener Bayer-Konzerns bei der Produktion von Baumwollsaatgut im indischen Bundesstaat Andhra Pradesh gegenwärtig rund 1.500 Kinder unter 15 Jahren. Bei drei weiteren internationalen Unternehmen – Advanta, Emergent Genetics und Monsanto – werden ebenfalls fast 11.000 Fälle von Kinderarbeit gezählt. Die Organisationen reichten auf Grundlage einer Studie über Kinderarbeit jetzt Beschwerde gegen Bayer wegen Verstoßes gegen die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen ein. Der Studie zufolge gehen die Kinder nicht zur Schule, arbeiten bis zu 14 Stunden täglich, verdienen weniger als 50 Cent am Tag und tragen schwerste Gesundheitsschäden davon. Mindestens drei Kinder im Alter von 8, 12 und

12 Jahren sind in den letzten Monaten an Pestizidvergiftungen auf den Feldern gestorben. 70% der Kinder werden in so genannter Schuldknechtschaft beschäftigt. Die Eltern bekommen im Voraus einen Kredit, den die Kinder dann inklusive Wucherzinsen abarbeiten müssen – in vielen Fällen jahrelang. Andere Kinder werden von den Baumwollfarmern in den umliegenden Dörfern gekauft und von ihren Familien getrennt. Sie müssen in ärmlichen Hütten auf den Feldern leben. Philip Mimkes von der Coordination erklärte, dass Bayer die Zustände bei seinen Zulieferern seit Jahren bekannt sind. „Es wäre für Bayer ein Leichtes gewesen, mit Hilfe höherer Abnahmepreise und strikter Kontrollen das Problem Kinderarbeit bei seinen Zulieferern zu lösen. Doch trotz öffentlicher Ankündigungen hat sich nichts getan.“ (Quelle: PE der Coordination gegen Bayer-Gefahren)

Behinderung polnischer Firmen in der EU

Polnische Firmen beklagen sich über systematische Behinderung in anderen EU-Ländern. Im Beitrittsvertrag, in dem die Bedingungen der Aufnahme Polens festgelegt sind, ist zwar eine Übergangszeit von sieben Jahren für Arbeitnehmer aus Polen vorgesehen, aber den polnischen Firmen wurde das Recht zuerkannt, im Rahmen von Dienstleistungstätigkeiten frei innerhalb der gesamten EU zu agieren, von wenigen präzise festgelegten Ausnahmen in der BR Deutschland und Österreich abgesehen. Die Wirklichkeit sieht anders aus. In Italien z.B. dürfen Polen nur dann einen Friseursalon, ein Geschäft oder eine Baufirma gründen, wenn sie über eine Aufenthaltsberechtigung verfügen, die jedoch ist außerordentlich schwierig zu erlangen. Ähnlich in Frankreich. In Deutschland bilden die zahlreichen Bestimmungen, die bei Eröffnung z.B. eines Handwerks erfüllt sein müssen, eine fast unüberwindliche Hürde. Außerdem wurde die Zahl der Bauarbeiter aus Polen, die in polnischen Bauunternehmen in Deutschland tätig sein dürfen, nach dem Beitritt um ein Drittel gekürzt, dadurch verloren die polnischen Firmen zahlreiche Aufträge. Ähnlich die Lage in Österreich: hier müssen polnische Unternehmer für ihre Beschäftigten die so genannte EU-Bestätigung vorlegen, deutsche oder französische Firmen müssen das nicht. Mehrere polnische Firmen haben jetzt eine Beschwerde bei der EU-Kommission gegen die Niederlande eingereicht, die polnische Dienstleister im Bereich der Landwirtschaft zwingen, ihre Beschäftigten unter Androhung hoher Bußgelder und Gefängnisstrafen aus dem Land zurückzuziehen. (Quelle: Rzeczpospolita, DW)

Zusammenstellung: scc

London. Das dritte Europäische Sozialforum (ESF) endete am 17.10.2004 mit einer Großdemonstration, an der laut Veranstalter bis zu 100.000 Menschen teilnahmen. Mehr als 20.000 Menschen beteiligten sich vom 14. bis 17. Oktober an hunderten Seminaren, Workshops und kulturellen Events. Das ESF stand dabei unter Schirmherrschaft des linken Bürgermeisters Ken Livingstone. Die Stärke des Europäischen Sozialforums sei seine Vielfalt, so der Labour-Dissident und erklärter Blair-Gegner. Livingstone kündigte zudem offizielle Feierlichkeiten zum 50. Jahrestag der Revolution in Kuba im Jahr 2008 an.

Nachdem Parteien (besonders die Labour-Linken und SWP) und EGB die ESF-Vorbereitungen dominierten und Basisorganisationen herausdrängten, fanden Veranstaltungen und „Autonomous Spaces“ an anderen Orten statt. Für die autonomen Räume während des ESF gab es eine gesonderte Mobilisierung. Unter anderem wurde ein Independent Media Center eingerichtet. Daneben fand ein viertägiges Forum zu Communications Rights and Tactical Media Production statt.

Die Europäischen Sozialforen 2002 in Florenz und 2003 in Paris hatten jeweils mehr als 50.000 Menschen zu Diskussionsveranstaltungen vereint. Von ihnen waren die Impulse für den weltweiten Protesttag gegen den US-Krieg im Irak im Februar 2003 sowie für den europaweiten Aktionstag gegen den Sozialabbau am 3. April ausgegangen.



Demonstration gegen Berufsverbote am 23. Oktober in Heidelberg

HEIDELBERG. Seit Anfang des Jahres 2004 wird dem Heidelberger Realschullehrer Michael Csaszkóczy aus politischen Gründen die Einstellung in den Schuldienst des Landes Baden-Württemberg verweigert. Unter dem Motto „Weg mit dem Berufsverbot für Michael Csaszkóczy! Gemeint sind wir alle!“ rufen BürgerInnenrechtsgruppen sowie gewerkschaftliche und studentische Interessenvertretungen dazu auf, am 23.10.2004 in Heidelberg gegen eine Wiederbelebung „der grundgesetzwidrigen Berufsverbotspraxis“ und für eine Einstellung Michael Csaszkóczys zu demonstrieren. Dem Aufruf zur Demonstration hat sich nun auch der „freie Zusammenschluss von studentInnen-schaften“ (fzs) als bundesweiter Dachverband der StudentInnenvertretungen angeschlossen. „Als bundesweite studentische Interessenvertretung können wir gedankenpolizeiliche Hürden beim Berufseinstieg für LehramtsstudentInnen nicht hinnehmen“, heißt es zur Begründung beim fzs. Weitere Infos unter www.gegen-berufsverbote.de

10.000 Postkarten für Steuer-gerechtigkeit von Attac übergeben

BERLIN. Mehr als 10.000 Postkarten mit der Forderung nach einem gerechten Steuersystem haben Mitglieder des globalisierungskritischen Netzwerks Attac am 13.10.2004 an das Bundesfinanzministerium übergeben. „Schlupflöcher

stopfen – Gerechte Steuern jetzt!“ forderten sie auf einem Transparent, das mit großen Löchern die vielen Ausnahmen im Steuerrecht und die Leichtigkeit der Kapitalflucht in Steueroasen symbolisierte. Mit der „Solidarischen Einfachsteuer“ hat Attac zusammen mit ver.di ein Konzept vorgelegt, das kleine und mittlere Einkommen entlastet, während die Steuerschlupflöcher für Konzerne und Spitzenverdiener radikal zusammengestrichen und Betriebsprüfungen ausgeweitet werden. Daneben sieht das inzwischen auch von der IG Metall und der IG BAU unterstützte Konzept vor, den Spitzensteuersatz bei 45 Prozent zu belassen, die Vermögensteuer wieder einzuführen und die Gewerbesteuer zu einer Gemeindeförderung weiterzuentwickeln. Zudem fordert Attac ein Ende des ruinösen Steuerwettbewerbs durch Mindeststeuersätze in der EU und internationalen Druck auf Steueroasen.

www.attac.de



Europaweiter Aktionstag gegen EU-Militarisierung am 29. Oktober

STUTTGART. Aus Anlass der Unterzeichnung des EU-Verfassungsentwurfes am Freitag, 29. Oktober, durch die Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten der EU ruft die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) in Abstimmung mit weiteren Organisationen aus dem In- und Ausland für den selben Tag zu einem europaweiten Aktionstag unter dem Motto „Europa in schlechter Verfassung“ auf. Geplant sind Mahnwachen, Demonstrationen, Resolutionen, Infostände und Vorträge an möglichst vielen Orten in Europa. „Wir lehnen diesen EU-Verfassungsvertrag ab, weil mit ihm die Militarisierung der Europäischen Union bis hin zur globalen Kriegsführungsfähigkeit vorangetrieben wird“, kritisiert Tobias Pflüger, Mitglied des Europäischen Parlaments und der DFG-VK. So sehe der Verfassungsvertrag u.a. vor, die EU „auf militärische Mittel gestützte Fähigkeit zu Operationen“ (Art I-41 Abs. 1) zu sichern. Eine zusätzliche kerneuropäische Militarisierung werde mit der „ständigen strukturierten Zusammenarbeit“ (III-312) etabliert, so Pflüger. Zudem werde Aufrüstung Verfassungsgebot: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. I-41 Abs. 3).

Die DFG-VK setzt sich im Rahmen der Kampagne „Schritte zur Abrüstung“ für einen neuen EU-Verfassungsentwurf ein, der auf breiter gesell-

schaftlicher Basis unter Einschluss sozialer und emanzipatorischer Bewegungen entsteht, der eine Europäische Union schafft, die sich dem Krieg verweigert und der die Vision einer demokratischen, sozialen und zivilen Europäischen Union erfüllt.

www.imi-online.de

Aamir Ageeb starb bei Abschiebung 9 Monate auf Bewährung für BGS

FRANKFURT/MAIN. Das Landgericht Frankfurt am Main hat am 18.10.2004 sein Urteil im Verfahren um den Erstickungstod des sudanesischen Staatsangehörigen Aamir Ageeb bei seiner Abschiebung am 28. Mai 1999 gesprochen. Die drei Bundesgrenzschutzbeamten, unter deren Händen Aamir Ageeb starb, wurden zu neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt. Die Strafe wurde zur Bewährung ausgesetzt. „Jahrelang haben die Verantwortlichen alles Notwendige unterlassen. Bestraft werden jetzt lediglich die, die in einer verantwortungslos strukturierten Organisation zu Tätern wurden. Das verletzt das Gerechtigkeitsgefühl“, so Bernd Mesovic, Prozessbeobachter von PRO ASYL.

Die Zustände beim BGS, ursächlich für den zweiten Abschiebungstodesfall in einer Lufthansamaschine binnen weniger Jahre, wären ein Fall für einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss gewesen. Allerdings hätte sich dieser bald nach dem Tattag konstituieren müssen. Das sich über Jahre hinziehende Ermittlungsverfahren, der lange Zeitraum bis zur Eröffnung der Hauptverhandlung und das erst nach fünfeinhalb Jahren ergangene Urteil haben jedoch dazu beigetragen, dass eine effektive Aufklärung der politischen Verantwortlichkeit unterblieben ist.

Eine der Konsequenzen, die verschiedene europäische Staaten aus den Todesfällen bei Flugabschiebungen, deren Umstände einander sehr ähnlich waren, gezogen haben: Zunehmend werden Charterflieger „jetzt in europäischer Kooperation“ eingesetzt. Abschiebungen erfolgen mitten in der Nacht oder von kleineren Flughäfen. Der Zweck der Methode: Wo keine Öffentlichkeit ist, gibt es keine neutralen Zeugen. Der erste Eurocharter-Abschiebungstote – eine Frage der Zeit?

Damit dies verhindert wird, fordern PRO ASYL und andere Nichtregierungsorganisationen, dass die Bundesregierung endlich das Fakultativprotokoll zur UN-Antifolterkonvention unterzeichnet. Damit würden unangekündigte und unabhängige Besuchsmechanismen in Gewahrsamszellen und anderen bislang unzugänglichen Bereichen möglich. Dies müsste selbstverständlich auch für Abschiebungscharterflüge gelten.

www.proasyl.de

Weitere Infos zum Prozess:

www.aamir-ageeb.de

Ausstellung: Opfer rechter Gewalt (seit 1990) in Deutschland

ROSTOCK. Seit 1990 hat es in Deutschland verstärkt brutale Angriffe durch Rechtsextremisten gegeben, in deren Folge es nicht selten zu Todesopfern kam. Obwohl einzelne Fälle immer wieder für kurze Zeit in den Medien auftauchten, gelangte ein Großteil der mörderischen Angriffe nicht ins öffentliche Bewusstsein. Während die Motivation der Täter und mögliche Gründe für ihre menschenverachtenden Einstellungen intensiv diskutiert werden, erfahren wir so gut wie nichts über die Opfer rechter Gewalt und ihre Angehörigen. Die Berliner Künstlerin Rebecca Forner hat den Menschen, die von Rechtsextremen erst zu Opfern gemacht wurden, eine Ausstellung gewidmet. Kurzbiografien in Wort und Bild zeigen den einzelnen Menschen hinter den Schlagzeilen.

Zwischen diesen Menschen erkennt der Besucher sich selbst und wird damit auf sich und seine Rolle zurückgeworfen: „Wie hätte ich mich in einer vergleichbaren Situation verhalten sollen?“ Die Ausstellung dokumentiert insgesamt 128 Todesopfer zwischen 1990 und 2003, während die offizielle Zahl der Bundesregierung auch nach mehrmaliger Korrektur lediglich 36 Fälle umfasst.

Die Ausstellung ist vom 14.–22. Oktober im Rostocker Landgericht zu sehen, anschließend geht sie in weitere Orte: nach Schwerin, Greifswald, Ueckermünde und Neubrandenburg.

www.lobbi-mv.de

Demonstration für eine demokratische Hochschule ohne Gebühren

DORTMUND. Mit 400 TeilnehmerInnen war die erste Demonstration im Wintersemester am 8.10.2004 schon erstaunlich gut besucht. Ministerin Kraft stellte sich den Fragen, erntete allerdings durchgehend Pfiffe. Die anwesenden Studierenden forderten auf Transparenten eine demokratische Hochschule ohne Studiengebühren. Damit wollen sie auch auf das in den nächsten Monaten anstehende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur 6. Novelle des Hochschulrahmengesetz (HRG) aufmerksam machen. Es erlaubt Studiengebühren für sogenannte „Langzeitstudierende“ und ausländische Studierende, was sich seit letztem Semester in NRW durch die Studienkonten ausdrückt. Auch an den anderen Hochschulen im Land wird der Protest im Laufe des Wintersemesters aufflammen.

Weitere Demonstrationen, Vollversammlungen, Aktionstage sind schon in Planung. www.asta.fh-dortmund.de

Demonstration von Heimbewohnern gegen Kürzungspolitik

HAMBURG. Die Heimbeiräte und Wohngruppensprecher der Wohnstätten der Behindertenhilfe Hamburg und andere Behindertenverbände hatten für den 16. Oktober zu einer Demonstration gerufen. Gut 150 Menschen demonstrierten gegen die von der Bundesregierung geplante Kürzung des „Taschengeldes“ für Heimbewohner und gegen die Kürzungen des Blindengeldes durch den Hamburger Senat. Viele von ihnen brachten auf der Auftakt- und der Abschlusskundgebung durch das Megaphon ihren Zorn über die grausame Ungerechtigkeit zum Ausdruck. (Bild)

Nach den ursprünglichen Regierungsplänen sollte ab 1.1.2005 für Heimbewohner, deren Heimaufenthalt vom Sozialamt bezahlt wird, das so genannte erhöhte Taschengeld, das maximal 44,50 Euro monatlich beträgt, gestrichen werden, so dass sie nur noch 89,90 Euro erhalten. Davon müssen neben dem persönlichen Bedarf wie z.B. Friseur, Zeitungen, Bücher u.ä. auch



nicht verschreibungsfähige Arzneimittel, Medikamentenzuzahlung und Praxisgebühr bezahlt werden. Nach zahlreichen Protesten – Ende September hatten z.B. in Berlin über 1.500 Behinderte demonstriert und 80.000 Unterschriften übergeben – hat die Regierung ihre Absichten revidiert. Heutige Bewohner bleiben von Kürzungen verschont, aber alle, die nach dem 1.1.05 ins Heim kommen, sind davon betroffen. scc

Demonstration gegen Hartz IV vor der Bundesagentur für Arbeit

NÜRNBERG. Veranstalter der Demonstration am 6.11.2004 ist das Sozialforum Nürnberg, in dem sich ein breites politisches Spektrum von antikapitalistischen Gruppen bis hin zu Sozialverbänden zusammen gefunden hat.

Infos: www.grossdemo-nuernberg.tk

Zusammenstellung: baf

Auf Initiative der PDS-Offene Liste verabschiedete der Rat der Stadt Köln eine Resolution gegen den Neonaziaufmarsch.

Özlem Demirel spricht im Stadtrat für die Resolution gegen die Nazis

„... am 16. Oktober wollen Neonazis in Kalk unter dem Motto ‚180 Nationen in Köln sind 179 zuviel‘ demonstrieren. Mit unserem Resolutionsantrag wollen wir – die unterzeichnenden Parteien – deutlich machen, dass wir den Protest der rechtsrheinischen Bezirksvertretungen gegen den Naziaufmarsch unterstützen und außerdem wollen wir den Kölnerinnen und Kölnern Mut machen, die sich am Samstag quer stellen und protestieren werden. In Köln ist nämlich kein Platz für Neonazis und ihre Hetzpolitik. Die Polizei hat sich, trotz zahlreicher Briefe und Anrufe, noch nicht für ein Verbot des Naziaufmarsches ausgesprochen. Doch vielleicht wird unsere gemeinsame Resolution hier noch einmal Druck ausüben.“

In Köln leben Menschen aus verschiedenen Nationen friedlich zusammen. Die meisten von ihnen leben schon seit Jahren hier ... Es ist unsere gemeinsame Aufgabe, die Aufgabe aller demokratischen Kräfte, das friedliche Zusammenleben und die Integration zu fördern und allen hier lebenden Menschen Perspektiven für eine friedliche Zukunft zu bieten. Aus diesem Grunde müssen wir und werden wir solchen Hetzkampagnen hier und heute und immer wieder gemeinsam entgegentreten.

Es ist auch eine Schande, dass ein Ratsmitglied von Pro Köln, das heute hier in unseren Reihen sitzt, im Jahre 1999 mit einem der Veranstalter des Neonaziaufmarsches in Kalk schon einmal gemeinsame Sache gemacht hat. Dies verdeutlicht erneut die Wichtigkeit dieser Resolution.

Zum Schluss möchte ich noch eines sagen: Köln ist eine schöne Stadt. Lassen sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass sie weiterhin schön bleibt. Lassen sie uns gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus und Neofaschismus kämpfen.“ □

Faschistische Mobilisierung fordert Gegenwehr heraus



Müllbeutel-Nazis machten wenig Eindruck in Köln

Köln-Kalk war am Samstag, den 16. Oktober schon früh auf den Beinen. Ca. 1000 bis 1500 Demonstranten waren dem Aufruf von „Köln stellt sich quer“ gefolgt, darunter viele Leute aus dem Stadtteil. Sie demonstrierten gegen einen Aufmarsch des „Nationalen Widerstandes“, angeführt von Christian Worch und dem sog. „Gauleiter Rheinland“ Axel Reitz vom „Kampfbund deutsche Sozialisten“.

Auf der Auftaktkundgebung griff der stellvertretende Bezirksvorsteher von Kalk, Wolfgang Schneider, das Motto des Naziaufmarsches „180 Nationen leben in Köln. Das sind 179 zu viel!“ an

und erklärte: „Wir sind stolz darauf, dass 180 Nationen hier leben. Schließlich hat das seit der Römerzeit in Köln Tradition“.

Der ver.di-Vorsitzende Peter Densborn meinte: „Gewerkschaften müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und mit allen Mitteln Rassismus, Faschismus und Rechtsextremismus bekämpfen.“ Heinz Bensberg von den Naturfreunden forderte, „die Kürzungen in Bildungs- und Freizeiteinrichtungen zu stoppen. Das ist ein wesentlicher Baustein im Kampf gegen Rechts.“

Özgür Demirel, Mitglied der Bezirksvertretung Kalk, sprach für DIDF sowie

Entschließung des Kölner Stadtrates

Der Rat der Stadt Köln verurteilt den für den 16. Oktober 2004 angekündigten Aufmarsch von Neonazis in Köln – Kalk. Das Motto des Aufmarsches „180 Nationen in Köln sind 179 zuviel“ und „Deutschland den Deutschen“ hetzt gegen unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Dies muss entschieden zurückgewiesen werden, gerade weil drei rechtsextreme Parteien bei der Kommunalwahl am 26. September 2004 Mandate auf Stadt- bzw. Bezirksebene erringen konnten.

In Köln leben Menschen aus vielen Ländern seit Jahren friedlich zusammen. Das soll auch so bleiben. Wir sind stolz auf die Stadt mit Menschen aus über 180 Nationen.

Wir unterstützen den Protest der rechtsrheinischen Bezirksvertretungen gegen den Naziaufmarsch in Kalk und fordern die Kölnerinnen und Kölner auf: Arsch hup, Zäng usenander. □



ein Vertreter des schwul-lesbischen Bündnisses „queergestellt“.

Nach der Auftaktkundgebung bildete sich ein kurzer Demonstrationzug Richtung Naziaufmarsch, der dann aufgelöst wurde. Die Demonstranten versammelten sich nun an den verschiedenen Polizeisperren, die schon früh errichtet wurden, um den Naziaufmarsch gekesselt durch den Stadtteil zu bringen.

Gegen Mittag trafen dann die Nazis ein und mussten sich umfangreichen Auflagen unterziehen. Der Redakteur des *Kölner Stadt-Anzeiger* sieht das so: „Die Auflagen des Kölner Polizeipräsidenten sind streng: keine Uniformen, keine Springerstiefel, keine Bomberjacken, keine Nazi-Symbole. Was zur Folge hat, das etliche Rechtsextreme ihren Marsch durch die Straßen von Kalk mit blauen Mülltüten über der Schulter und an den Füßen und mit nach außen gekehrtem orangefarbenen Innenfutter ihrer Bomberjacken antreten müssen, was dem armseligen Zug den Charakter verleiht, als hätte die Müllabfuhr für diesen Samstag eine Putzaktion im Veedel angeordnet.“

Kurz bevor der Naziaufmarsch losgeht, kesselt die Polizei auch einen Teil der Gegendemonstranten ein, die versuchen, durch die Absperrungen zu kommen. Für den gesamten Einsatz waren 1600 Polizisten aus ganz NRW zusammengezogen worden, eine ziemlich kostspielige Strategie, die auch bei vorangegangenen Aufmärschen bereits angewandt wurde, um den diesmal genau 142 braunen Hanseln den Weg frei zu halten.

Einmal gelingt es ca. 25 Gegendemonstranten den Marsch der Nazis für zehn Minuten aufzuhalten. Viele Anwohnerinnen und Anwohner zeigen ihre ablehnende Haltung, hängen Transparente aus dem Fenster und protestieren lautstark.

Im strömenden Regen wird der Naziaufmarsch immer wieder mit Obst und Gemüse beworfen. „Auch manches Ei verfehlte nicht sein Ziel“ schreibt die *taz*. Junge Migrantinnen und Migranten riefen: „Deutscht uns nicht voll“ und „Eure Opas sind Verlierer“. Gegen 17 Uhr ist dieser Spuk vorbei.

Trotzdem müssen sich ca. 100 noch eingekesselte Demonstranten immer noch überprüfen lassen. Hatte man zu Beginn die TeilnehmerInnen nach Ausweiskontrollen noch rausgehen lassen, hatte die Polizei inzwischen Fotos von Demonstranten ausgedruckt, die Gegenstände geworfen hatten. Nach Gesichtskontrollen wurden 28 Personen festgenommen.

Das trübt die Bilanz des Tages, bei dem der „nationale Widerstand“ ein eher blamables Bild bot.

Jörg Detjen, Ulrike Bach

Aus Antifaschistische Nachrichten

Am 9. Oktober 2004 in Augsburg – Teilnehmer berichten von Aktionen gegen Nazi-Aufmarsch

Über 900 Menschen nahmen an der Demonstration gegen die Faschistenaktionen am 9. Oktober in Augsburg teil. Klare Positionen wurden von den Vertretern des „Bündnisses gegen den Nazi-Aufmarsch“ in den Redebeiträgen abgegeben. Der Marsch der Faschisten – es wa-

ren ca. 50–70 überwiegend junge Neonazis – und ihre Kundgebung wurden heftig gestört. Ihre Abschlusskundgebung in der Innenstadt an der Stadtmetzg wurde verboten. – Ein Erfolg für die Antifaschisten?

Die Redebeiträge der Antifa-Demonstranten konnten nur von Wenigen gehört werden, da die Lautsprecheranlage nicht komplett in Ordnung war. Die Polizei hat die Demo während der gesamten Laufzeit komplett „eingerahmt“, z.T. so eng, dass einige Transparente von außen nicht vernünftig gelesen werden konnten. Die Faschisten wurden zwar gestört bei ihren Aktionen, verhindert wurden diese aber nicht von uns. Dafür war der Polizeischutz zu massiv und unsere Gegenaktionen waren zu wenig koordiniert. Es kam zu



Gewerkschaften mit Antifa-Demonstration solidarisch Kundgebung

AUGSBURG. Die Gewerkschaft Ver.di hatte auf dem Augsburger Rathausplatz für den 9. Oktober einen Aktionstag geplant, und nach Bekanntwerden der NPD-Pläne war diskutiert worden, wie darauf zu reagieren ist. Da der öffentliche Dienst auch ein Beispiel für das Zusammenwirken deutscher und nicht-deutscher Kollegen ist, entschied man sich, den Aktionstag zu lassen und durch eine Kundgebung zu ergänzen.

OB Paul Wengert ging in seinem Redebeitrag auf die Frage ein, warum die NPD-Demonstration nicht verboten worden sei. Er versicherte, dass die Stadtverwaltung sich eine Rechtslage gewünscht hätte, nach der das möglich gewesen wäre. Die sog. „Nationale Opposition“ sei eine

„Schande für unsere Stadt“ und ein „Wolf im Schafspelz“, und er erinnerte an das Brecht-Zitat: „Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch.“ Er betonte, dass ein Drittel der heutigen Stadtbevölkerung einen Migrationshintergrund hat, und verwies auf die einstimmige Resolution des Stadtrats gegen die NPD. (mif)



Augsburg, 30.Sep.2004 – Resolution des Stadtrats

Der Stadtrat von Augsburg ist betroffen und entsetzt, dass die NPD und andere rechtsextremistische Gruppierungen vor dem Hintergrund sozialpolitischer Veränderungen erneut zu öffentlichen Protestaktionen in unserer Stadt aufrufen.

Mit fremdenfeindlichen Parolen soll das friedliche Miteinander der Kulturen gestört und zwischenmenschlicher Hass gesät werden. Gerade Augsburg als Stadt des Friedens und der Toleranz begreift jeden Extremismus – egal aus welcher Richtung – als besonderen Auftrag, seine Stimme für Toleranz und Verständigung zu erheben.

Wir fordern deshalb alle Bürgerinnen und Bürger auf, mit Zivilcourage in den Familien, am Arbeitsplatz, im Verein und wo auch immer dem Extremismus entgegenzutreten und sich für die Achtung der Menschenwürde einzusetzen.

Neonazis und andere Extremisten sind unerwünscht in unserer Stadt und dürfen keinen Erfolg mit ihren ewig gestrigen Parolen haben. □



➔ sechs kurzzeitigen Verhaftungen von Antifas, bei denen Personalienaufnahmen stattfanden – Ein Misserfolg für die Antifaschisten?

Viele Menschen trotz viel Regen: Am Theodor-Heuss-Platz beim Abmarsch waren es trotz regnerischem Wetter noch etwa 600, doch nach dem Königsplatz erhöhte sich die Teilnehmerzahl an der Antifa-Demo kräftig auf über 900 (gezählte) Teilnehmer. Ein gutes Zeichen für die Bereitschaft, sich eindeutig gegen den Aufmarsch der Faschisten in Augsburg und deren erklärte rassistische Ziele mit dieser Aktion zu wenden. Es waren viele Schüler und Studenten gekommen, auch etliche Jugendliche aus dem Gewerkschaftsspektrum – nach Protesten hatte sich, wenn auch spät, ganz zum Schluss die IG Metall-Verwaltungsstelle doch noch entschlossen, auch zu dieser Demo zu mobilisieren –, mehr ältere Teilnehmer als in der jüngeren Vergangenheit bei solchen Anlässen waren zu sehen und es waren auch einige Kommunalpolitiker von Grünen und SPD dabei (die für ihre eindeutig antifaschistischen Positionen Bekannten waren es).

Die Lautsprecheranlage auf dem LKW konnte leider nur für Musikbeiträge genutzt werden; die Reden mussten folglich mit Megafon verstärkt werden, was ihren Inhalt zwar nicht schmälerte, wohl aber ihre Verbreitung.

Kritisiert wurde die Stadtverwaltung, dass sie den Aufmarsch der Nazis genehmigt hatte – in diesem Fall war ja nicht einmal versucht worden, ein Verbot durchzusetzen. (jol)

Aus: Berichte aus Augsburg und Schwaben Nr. 21, erheblich gekürzt
Ausführliche Berichterstattung siehe auch www.forumaugsburg.de

Investitionsbedarf des ÖPNV. BERLIN. Eine soeben vorgestellte Studie zum „Investitionsbedarf des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) 2003 bis 2012“ hat einen Gesamtinvestitionsbedarf für diesen Zeitraum von mehr als 35 Milliarden Euro errechnet. Der Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme in Deutschland müsse noch viele Jahre engagiert weitergeführt werden, betonte Dr. Dieter Ludwig vom Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV). Die Fahrgastzahlen seien vor allem dort gestiegen, wo hohe Ausbaustandards erreicht wurden. Es bestehe bundesweit noch ein enormes Potenzial zur Verlagerung von Kfz-Verkehr auf den ÖPNV. Hinzu komme die Notwendigkeit einer steigenden Mobilität durch zunehmende Konzentration öffentlicher Einrichtungen und zum Erreichen von Arbeitsplätzen. Auch in Zeiten knapper Kassen seien Investitionen in den ÖPNV ein wichtiger Beitrag zu Erhalt und Verbesserung des Standortes Deutschland. – Bei den Zahlen, so Dr. Friedhelm Blennemann, Geschäftsführer der Studiengesellschaft für unterirdische Verkehrsanlagen (STUVA) und Autor der Studie, handele es sich daher eher um die untere Grenze. Allein im städtischen Bereich bestehe ein Bedarf von circa 560 km Streckenneu- und -ausbau (inkl. Haltestellen) für U-Bahnen, Stadt- und Straßenbahnen. Einer Grunderneuerung bedürften circa 500 km Strecke und mehr als 4300 Haltestellen.

Folkert Kiepe vom Deutschen Städtetag, appellierte an Bund und Länder, die erforderlichen Mittel für den bedarfsgerechten Ausbau und die Instandhaltung der ÖPNV-Netze bereit zu stellen. Die Studie kostet 9,50 Euro und ist zu beziehen bei der beka Einkaufs- und Wirtschaftsgesellschaft für Verkehrsunternehmen mbH, Kamekestraße 20-22, 50672 Köln, E-Mail info@beka.de. www.staedtetag.de

Bahn und kommunale Planungshoheit. BERLIN. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) hat den Bundesgesetzgeber aufgefordert klarzustellen, dass nicht mehr bahnnotwendige Liegenschaften unverzüglich in die kommunale Planungshoheit zurückkehren. Bahngrundstücke, die von der der Bahn nicht mehr gebraucht werden, werden häufig ohne Rücksicht auf kommunale Planungen vermarktet. Das hat folgenden Hintergrund: Um die Bahn zu fördern, hat der Gesetzgeber ein so genanntes Fachplanungsprivileg für die Bahn eingeführt. Das gilt solange, wie ein Grundstück für Eisenbahnzwecke benötigt wird. Seit der Privatisierung der Bahn 1993 gilt für die Grundstücke der Bahn, die

nicht bahnnotwendig sind, dass sie in die kommunale Entwicklungsplanung einbezogen werden können. Voraussetzung hierfür ist eine Entwidmung der Bahngrundstücke. Oftmals ist die Vermarktung wegen unrealistischer Erlösvorstellungen der Bahn schwierig. Die Preisvorstellungen sind häufig zu hoch, weil manche Grundstücke mit überhöhten Werten in den Bilanzen der Bahngesellschaften stehen. Leere Flächen, Brachen oder zweifelhafte Nutzungen sind die Folgen. Investitionen der öffentlichen Hand zur Aufwertung der in vielen Fällen problematischen Bahnhofsgenden können so gefährdet sein. – Der DStGB unterstützt deshalb eine Initiative der Bauministerkonferenz der Länder, die eine bessere Information der Gemeinden durch die Bahn, eine erhöhte Gesprächsbereitschaft und ein Recht der Gemeinden einfordert, feststellen zu lassen, ob das Fachplanungsprivileg der Bahn noch gilt.

www.dstgb.de

Örtliche und überörtliche Betätigung kommunaler Unternehmen.

BERLIN. Im netWORKS-Paper Nr. 6 beleuchtet Stephan Tomerius den aktuellen Diskussionsstand in Literatur und Rechtsprechung zu den rechtlichen Möglichkeiten und Grenzen überörtlicher wirtschaftlicher Betätigung. www.networks-group.de

SPD zum CDU-Parteitag.

BERLIN. Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e.V. (SGK) schreibt unter der Überschrift „Kommunen spielen bei der CDU keine Rolle“: „Die CDU blendet die Kommunen in ihrem Leitanspruch für den CDU-Parteitag im Dezember fast vollständig aus. Die Kommunen werden nur am Rande erwähnt, wenn es beispielsweise um die Weiterentwicklung von Hartz IV, das Konnexitätsprinzip und die Kinderbetreuung geht. Es hat den Anschein, als wenn die CDU nicht noch eine offene Flanke bieten will. Bleibt es also bei der Forderung aus dem letzten Jahr, die Gewerbesteuer abzuschaffen? Keine Antwort! Wie soll die Investitionskraft der Kommunen gestärkt werden? Keine Antwort! Vielleicht durch die im Entwurf des Leitanspruchs gepriesene Privatisierung öffentlicher Unternehmen? Das Verkaufen von kommunalen Tafelsilber ist allerdings keine Lösung, wie selbst CDU-Kommunalpolitiker landauf landab feststellen. Es bleibt wie es ist: Die CDU hat keine Lösungen für die künftigen Herausforderungen der Kommunen.“ www.bundes-sgk.de

Zusammenstellung: baf

Nachdem die Absatzkrise im Einzelhandel die Beschäftigten bei Kartstadt Quelle zu erheblichen Zugeständnissen gezwungen hatte, sind nun die Metaller betroffen. Wir dokumentieren den Stand der Dinge bei Opel und auf der folgenden Seite einen Bericht von Kugelfischer, Schweinfurt



Europäisches GM
Arbeitnehmerforum



Europäischer Metallgewerkschaftsbund
Fédération Européenne des Métallurgistes
European Metalworkers Federation



OPEL

Europäisches General Motors Arbeitnehmerforum
Europäischer Metallgewerkschaftsbund
Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der Adam Opel AG
Gesamtbetriebsrat der Adam Opel AG
Nationale Gewerkschaften

14.10.2004

Schluss mit der Konfrontationspolitik gegenüber Beschäftigten und Kunden!

General Motors Arbeitnehmervertreter fordern Management auf, Lösungen am Verhandlungstisch zu vereinbaren. Der von General Motors Europe angekündigte Personalabbau von 12.000 Beschäftigten und die geplanten Einsparungen von 600 Mio. US Dollar pro Jahr in Europa betreffen alle Standorte des Konzerns. Die nationalen Arbeitnehmervertretungen und Gewerkschaften werden deshalb dieser Ankündigung gemeinsam begegnen und sich von General Motors nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Wir, die Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften wissen, dass sich der General Motors Konzern in Europa seit fünf Jahren in der Verlustzone befindet und dringender Handlungsbedarf besteht, um die Zukunft zu sichern. Wir waren und sind bereit, in dieser Frage im Dialog mit dem Management auf europäischer und nationaler Ebene gestaltend mitzuwirken und den europäischen „Rahmenvertrag Olympia“ an die neuen Gegebenheiten anzupassen. Maßnahmen zur Konsolidierung des Konzerns dürfen aber nicht einseitig zu Lasten der Arbeitnehmer ergriffen werden, zumal die Beschäftigten aller nationalen Standorte die Vertragsbedingungen des Olympia-Rahmenvertrages

aus dem Jahre 2001 bereits erfüllt haben, während General Motors seinen Verpflichtungen darin bisher nur mangelhaft nachgekommen ist. Nach wie vor fehlt beispielsweise eine erfolgreiche europäische Marken- und Verkaufsstrategie des Konzerns. Der bisher von General Motors eingeschlagene Weg der Konfrontation ist geschäftsschädigend und zeugt von tiefer Unkenntnis europäischer Arbeitsbeziehungen sowie der Bedingungen des europäischen Automobilmarktes. In den 90er Jahren hat diese Unkenntnis der Verhältnisse dazu geführt, dass die vorher sehr gut gehenden Geschäfte von General Motors in Europa einen spürbaren Einbruch erleiden mussten. Von den Spätfolgen dieser Managementfehler hat sich der Konzern bis heute nicht erholt.

Der wirtschaftliche Erfolg von General Motors in Europa kann nicht über den Import amerikanischer Marken und Strategien erfolgen. Notwendige Bedingung dafür ist eine nachhaltige Stärkung der gewachsenen europäischen Marken Opel, Vauxhall und Saab. Um zu verhindern, dass die fortgesetzte Konfrontationspolitik des General Motors Managements gegenüber Beschäftigten und Kunden zur Zerstörung der gewachsenen Arbeitsbeziehungen führt, fordern wir die Konzernleitung auf, mit den Arbeitnehmervertretern am Verhandlungstisch tragbare Lösungen auszuhandeln. Anderenfalls besteht die Gefahr, dass diese Konfrontation ähnliche Konsequenzen nach sich ziehen wird wie der Streik amerikanischer Automobilarbeiter bei General Motors in Flint im Jahre 1998.

Ausgangsbedingung für diese Verhandlungen sind die Einhaltung des europäischen Rahmenvertrages Olympia sowie die Befolgung der im „Code of Conduct“ festgeschriebenen Unternehmensgrundsätze, die auch das Management zur respektvollen Zusammenarbeit, zu Toleranz und Fairness im Umgang miteinander verpflichtet.

Zur nachhaltigen Verbesserung der aktuellen Situation wollen die Arbeitnehmervertreter einen europäischen Zukunftsvertrag mit dem Management verhandeln, der folgende Eckpunkte beinhaltet:

- keine Werkschließung
- keine betriebsbedingten Kündigungen
- eine nachhaltige europäische Modell- und Verkaufsoffensive, die von einem dafür qualifizierten Management entwickelt und vorangetrieben wird
- Bestands- und Zukunftsperspektiven für die Marken Opel, Vauxhall und Saab
- Keine Verletzung von Tarifvereinbarungen

Auf dieser Grundlage sind die europäischen Arbeitnehmervertreter und Gewerkschaften bereit, den Rahmenvertrag Olympia an die neuen Anforderungen anzupassen. In Kenntnis der dramatischen Situation und der Folgen unsolidarischen Handelns werden wir den Dialog mit dem Management gemeinsam führen und uns nicht gegeneinander ausspielen lassen.

Forderungen der IG Metall zum aktuellen General Motors-Konflikt

Gemeinsam mit den betroffenen Kolleginnen und Kollegen führt die IG Metall mit dem EMB zusammen am 19. Oktober einen europäischen Aktionstag in den Standorten bei General Motors durch.

Die aktuellen wirtschaftlichen Probleme bei General Motors sind Folge drastischer Absatzprobleme aufgrund der unzulänglichen Binnen Nachfrage und vor allem Resultate weitreichender Fehlentscheidungen des Managements.

Es ist gänzlich inakzeptabel, die daraus entstehenden Probleme auf dem Rücken unserer Kolleginnen und Kollegen lösen zu wollen. Die IG Metall ist zu konstruktiven Gesprächen bereit. Wir wollen diese Gespräche auf der Grundlage folgender Forderungen führen. Wir fordern:

- den Erhalt aller Standorte;
- ein Zukunftskonzept für die betroffenen Standorte bis 2010 und darüber hinaus;
- den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen;
- keine Eingriffe und Beschädigungen geltender Tarifverträge.

Die IG Metall fordert das Management von General Motors unmittelbar zu konstruktiven Verhandlungen auf.

Unser Ziel: eine akzeptable Perspektive für alle Standorte und damit eine Zukunft für die Beschäftigten. □



Opel Kaiserslautern



Kugelfischer Schweinfurt

Go East – Kahlschlag beim Kufi !

SCHWEINFURT. Für die Beschäftigten bei FAG ist es ein Schlag ins Kontor. Offenbar leiten die INA-Manager eine „neue Ära“ beim Schweinfurter Wälzlagerhersteller FAG ein: Das FAG-Werk in Eltmann mit rund 700 Beschäftigten soll geschlossen werden. „Das ist Wortbruch. Seit Jahren galt bei FAG die Zusage: Es wird kein Werk geschlossen“, sagte Werner Neugebauer, Bezirksleiter der IG Metall Bayern, zum Vorgehen der INA-Konzernmutter gegenüber FAG. Darüber hinaus sollen nach den Konzernplanungen 350 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz im Schweinfurter FAG-Werk verlieren.

Für Neugebauer und die Betriebsräte ist klar: „Wir kämpfen um den Erhalt des Standorts Eltmann, jeden Arbeitsplatz in Schweinfurt und gegen die Kürzung der Einkommen. Statt die Innovation bei Produkten, in der Betriebsorganisation, aber auch in Forschung und Entwicklung voranzutreiben, wird alles wie mit einer Dampfwalze platt gemacht“. Dass die Ursache der Probleme nicht die Einkommen sein können, zeigen die Zahlen des unmittelbaren Konkurrenten in Schweinfurt. „Dort sind die Lohnkosten deutlich höher!“

Wie wichtig und wertvoll der vor drei Jahren geschlossene „Beschäftigungspakt“ für die FAG-Beschäftigten ist, bestätigt der zum Jahresende 2004 auslaufende Beschäftigungs- und Standortsicherungsvertrag bei FAG. Denn die Forderungen des INA-Managements, von der Werksschließung bis zur Kürzung von übertariflichen Bestandteilen, sind existenzielle Bedrohungen für viele Arbeitnehmer. Die Betriebsräte und die IG Metall werden gemeinsam mit den

Belegschaften Widerstand organisieren und mit allem Nachdruck für Perspektiven in der Region kämpfen.

Aus dem FAG-Wirtschaftsausschuss:

In der Wirtschaftsausschusssitzung vom 29.09.2004 kam das Paket des Vorstandes auf den Tisch. Folgende Maßnahmen sind darin vorgesehen:

1. Schließung Werk Eltmann – 670 Arbeitsplätze bis Ende 2006
2. Verlagerung der Rollenfertigung Eltmann nach Brasov (Rumänien)
3. Verlagerung von Sonderprodukten aus Schweinfurt – 350 Arbeitsplätze
4. Streichung aller übertariflichen Einkommensbestandteile
5. Jahresarbeitszeitkonten und weitere Maßnahmen

Begründet wurde dieses Maßnahmenpaket mit dem immensen Kostendruck vom Markt. Mit dem „Vorschlag für Innovation und Beschäftigung“ hat der Betriebsrat einen zukunftsfähigen Handlungsrahmen beschrieben. Das Paket des Vorstandes ist nach rückwärts gewandt. Es setzt den Schwerpunkt in Verlagerung in Niedriglohnländer, Arbeitsplatzvernichtung und Demotivierung der Mitarbeiter. Die Arbeitnehmervertreter im Betriebsrat und im Aufsichtsrat sehen keinen ausreichenden Grund für derartige Einschnitte. Der FAG-Betriebsrat verlangt den Erhalt aller Standorte, ist gegen einseitige finanzielle Opfer der Beschäftigten und fordert ein tragfähiges Zukunftskonzept mit Investitionen und klaren Perspektiven für alle Mitarbeiter. (nah)



Aus: Nachrichten und Standpunkte, Arbeiterzeitung für die Region Schweinfurt, Nr. 10 2004

Baugewerbe dringt auf kürzere Berufsausbildung. HB, Di., 5.10.04. Angesichts sinkenden Fachkräftebedarfs sollen Auszubildende künftig in zwei statt drei Jahren zu Facharbeitern ausgebildet werden, so der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes.

Metall- und Elektroindustrie treibt Auslandsinvestitionen voran. HB, Fr./Sa., 15./16.10.04. „Wir werden auch in Zukunft den Prozess der Auslandsinvestition vorantreiben, um in Deutschland stark zu bleiben“. Damit trat Verbandspräsident M. Kannegiesser der These entgegen, ein Ausbau ausländischer Produktionsstandorte schade dem Inland. Wertschöpfung und Arbeitsplätze würden vielmehr gestärkt. „Ohne die importierten Zulieferungen könnten wir angesichts hoher Produktionskosten im Inland gar nicht mehr über die Runden kommen“, betonte Kannegiesser. Die Aussage deckt sich mit einer Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Danach hat sich der ausländische Kapitalbestand sämtlicher deutscher Firmen gemessen am Bruttoinlandsprodukt seit 1995 auf 28 % verdreifacht. Dies sei aber keine „unpatriotische“ Flucht ins Ausland.

Handel fordert Nullrunde für die gesamte Branche. Dem Karstadt-Quelle-Verhandlungsergebnis zufolge müssen die Beschäftigten dem Konzern drei Jahre lang mögliche Tarifierhöhungen stunden – die gestundeten Gelder sollen erst ausgezahlt werden, wenn Karstadt-Quelle Dividende an die Aktionäre auszahlt. Der Hauptverband des Deutschen Einzelhandels fordert, den Karstadt-Sonderweg für die gesamte Branche.

Strengere Grenzwerte für Luftverschmutzung. HB, Di., 12.10.04. Die EU hatte eine Übergangsfrist von drei Jahren zur Vorbereitung der Kommunen auf die strengeren Immissionswerte gewährt. Von Fahrverboten abgesehen, fürchten die Wirtschaftsverbände rechtliche Probleme beim Straßenbau und bei Investitionsprojekten. Der DIHK drängt in einem Positionspapier auf Kompromisse. „Die neue EU-Kommission sollte entweder die Übergangsfrist noch einmal verlängern oder aber die zu strengen Grenzwerte anheben.“ Die Wirtschaft hofft auf Rückendeckung des künftigen deutschen EU-Industriekommissars G. Verheugen.

BDA unzufrieden mit CDU-Unterschriftensammlung gegen EU-Beitritt der Türkei. Gegen die von der CDU-Spitze erwogene Unterschriftensammlung gegen EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei sprach sich BDA-Präsident D. Hundt aus. Er zweifelte, ob die Union hier den richtigen Weg einschläge. *Presseauswertung: rst*

Kurs Wirtschaft diskutiert über Momente der Wert- und Preisbildung bei der Ware Arbeitskraft

Nach der Auseinandersetzung mit den Vorteilen, die internationale Arbeitsteilung ermöglicht, stellt sich zwingend die Frage, wie dem Druck, der davon auf Lohn- und Sozialstandards, die auf nationalen / regionalen Märkten und in Nationalstaaten erkämpft wurden, ausgeht, entgegenzuwirken sei. Die gewaltigen praktischen Schwierigkeiten, der Verlust an Mitgliedern, an Kampfkraft im Betrieb und auf der Ebene der Branche, die Einbuße an politischem Einfluss, auch an Ansehen in der Öffentlichkeit, der die Gewerkschaftsbewegung getroffen wird, während die dramatischen sozialen Entwicklungen ihre Intervention fordert, lassen befürchten, dass die Anschauungen, Kritiken, Theorien, die in den Arbeiterbewegungen präsent sind, vielleicht nicht mehr ausreichen, um die Koalition zusammenzuhalten.

Deswegen haben wir letzten Sommer vereinbart, uns mit den ökonomischen Theorien zu beschäftigen, die sich mit der Herausbildung von Lohn- und Sozialstandards beschäftigen, und auch mit der Frage, wie sich die Nachfragestruktur des Kapitals hinsichtlich der Arbeitskraft entwickelt hat.

Wie immer wird an Hand ausgewählter Texte diskutiert. Da die Literatur zu den einzelnen Aspekten teils außerordentlich umfangreich, teils sehr spärlich ist, fällt die Auswahl für eine Textmappe nicht leicht. Wir werden uns bemühen, den Umfang der ausgewählten Texte knapp zu halten. Für den Kurs wird es eine Textmappe mit Einleitungsstatements zu den verschiedenen Abschnitten geben. Es besteht das Ziel, die Erörterung hin bis zu Aussagen zu führen, die durch weitere wissenschaftliche und praktische Anstrengungen abgeklärt werden können. Da das Thema in unserem Diskussionszusammenhang öfter schon gestreift worden ist, haben wir uns bemüht, Ansichten aufzulisten, die dabei debattiert wurden.

Eine Liste der Literatur, aus der wir die Kursunterlagen gewinnen wollen, wird in der übernächsten Ausgabe dieser Zeitschrift geliefert.

Zur Entwicklung kollektiv vereinbarter Arbeitsverträge

Als erstes wollen wir an Hand ausgewählter Texte die vor allem von Marx und Engels entwickelten, klassischen Theorien rekapitulieren, deren Ausgangspunkt die doppelte Freiheit des Lohnarbeiters ist, der frei von Lebensmitteln und Produktionsmitteln ge-

zwungen ist, seine Arbeitskraft an einen anderen zu veräußern.

Im Zentrum der Theorie steht der Gegensatz des Lohns zum Profit, die sich in der Bilanz des Unternehmens gegeneinander rechnen. Da unter den gegebenen Produktionsverhältnissen sowohl die Besitzer der Produktionsmittel wie die Besitzer der Arbeitskraft Ansprüche auf das Arbeitsprodukt begründen können, entscheidet der Kampf, der letztlich durch Streik bzw. Aussperrung entschieden wird. Der Wert der Arbeitskraft als einer Ware ergibt sich indessen aus ihren Reproduktionskosten, die bei der Arbeitskraft schwer festzustellen sind, letztlich, weil das Minimum für das Überleben von einem Tag auf den anderen ein ganz anderer Betrag ist, als letzten Endes an wirklichen Kosten für die Reproduktion anfallen. Auch aus diesem Grund entscheidet nicht etwa die Vorlage einer glaubwürdigen Kalkulation die Verhandlungen, sondern die Drohung, den Arbeitsprozess zum Stehen zu bringen.

Die Kräfteverhältnisse beruhen auf Konkurrenzverhältnissen und der Fähigkeit der Kombattanten, diese Konkurrenz in Koalitionen tendenziell aufzuheben. Genannt wird die Konkurrenz zwischen den Kapitalisten, um die Verwertung ihres Kapitals und um Arbeitskräfte, die Konkurrenz zwischen den Arbeitskräften, namentlich, wenn ihr Angebot die Nachfrage übersteigt, und schließlich die Konkurrenz der Koalitionen, die sich in Verhandlungen äußert, denen die Arbeitskämpfdrohung zu Grunde liegt.

Gäbe es keine Arbeiterkoalitionen und auch keine Arbeitgeberverbände, so würde die Konkurrenzsituation der Arbeitskraft immer schlechter sein, da jedes Individuum an der Freiheit von Produktions- und Lebensmitteln teilhat und somit die Konkurrenz erst zur Ruhe kommt, wenn jede, auch die letzte Arbeitskraft verkauft ist, während das Kapital durchaus nicht alle Arbeitskräfte ankaufen muss, um überhaupt fungieren zu können. Diese Ungleichheit beim Aufeinandertreffen von Arbeitskraft und Kapital auf dem Markt war und ist grundlegend zur Legitimation von Gewerkschaften.

Die Freiheit zur Koalitionsbildung ist eine politische Freiheit. Sie ist nicht allgemein, sondern klassifiziert für Arbeitskraftbesitzer und zeigt die Spaltung der Gesellschaft in politisch differenzierte Klassen an. Da der unmittelbare Gegensatz von Lohnarbeit und Ka-

pital nicht auf sämtlichen Märkten dargestellt werden kann, ergeben sich politische Forderungen, die für den Faktor Arbeit klassifizierbar sind. Große politische Auseinandersetzungen entwickeln sich um den gesetzlichen Normalarbeitstag, um Arbeitsschutz usw.

Wir werden eine Reihe von Textauszügen erörtern, die belegen, dass auch heute die klassische marxistische Theorie von Lohn, Preis und Profit eine Vielzahl von Anwendungsfällen gut beschreibt und Aktualität hat.

Es wird sich aber auch zeigen, dass die Faktoren, die zu einer Differenzierung der Löhne und der ganzen Lebenssituation der Lohnabhängigen geführt haben, in der klassischen Theorie kaum thematisiert sind.

Entwicklung differenzierter Angebote bzw. Nachfrage von Arbeitskraft

Da sich unter der allgemeinen Bestimmung von Lohnarbeit bis heute ganz erheblich differenzierte Lebensweisen entwickelt haben, stellt sich die Frage, welche Faktoren für die Differenzierung des Arbeitskraftangebotes wirksam geworden sind. Die Differenzierung ist doppelt: Sie besteht auch in der Entlohnung und sie besteht funktional, im Arbeitsprozess

1. Arbeitsentgelt über Wert, am Wert, unter Wert:

Die Differenzen bei der Entlohnung, die wir z.B. in der BRD beobachten, begründen die Meinung, dass ein gewisser Teil der Arbeitskräfte unter Wert gezahlt wird, ein anderer in etwa zum Wert und ein dritter über Wert.

Die Bezahlung von erheblichen Anteilen der Arbeitskräfte „über Wert“, Lenin spricht von „Arbeiteraristokratie“ und „Arbeiterbürokratie“ und „Bestechung“, liegt wohl vor, sobald: a) Vermögen sich bildet, das übertragen bzw. vererbt werden kann, oder b) der Nachwuchs so ausgestattet werden kann, dass es ihm „besser“ geht.

Bezahlung zum Wert liegt vor, wenn die Arbeitskraft sich gesund erhalten kann und freie Zeit hat, am öffentlichen Leben teilnehmen, und sich in den historisch üblichen Formen reproduzieren kann.

Bezahlung unter Wert liegt vor, wenn die Arbeitskraft sich nicht gesund erhalten kann, vom öffentlichen Leben tendenziell ausgeschlossen ist und im persönlichen Bereich eingeengt wird.

Die erste Vermutung muss wohl sein, dass diese Arbeitskräfte vom Käufer aus nicht gleichermaßen brauchbar sind.

Die Nachfrage erzeugt einen segmentierten Arbeitsmarkt, und die Entlohnungssituation spielt sich in den diversen Segmenten sehr unterschiedlich, sogar mit unterschiedlichen Vorzeichen ein.

In ganz vielen Konflikten zwischen Lohnarbeit und Kapital geht es deshalb der Kapitaleseite darum, die „Flüssigkeit“ von Arbeitskräften je nach der aktuellen Nachfragesituation so rasch wie möglich zu steigern, damit reichlich Angebot, am besten mehr Angebot als Nachfrage da ist. Umgekehrt geht es den Arbeitskräften darum, Momente der Stetigkeit und Stabilität in das Produktionsgeschehen und den Ankauf von Arbeitskraft durchzusetzen, bis hin zum quasi- oder sogar förmlichen Beamtenstatus. Der Streit um Kündigungsschutz, um die „Zumutbarkeit“ von Niedriglöhnen und damit verbunden um den Versicherungsschutz gegen solche Zumutung im Fall von Arbeitslosigkeit, um die räumlich zumutbare Mobilität von Arbeitskräften, aber auch Maßnahmen wie das Outsourcing von Teilen der Produktionskette und ihre Verlagerung in Regionen, in denen die für den jeweils spezifischen Teil der Produktion erforderlichen spezifischen Arbeitskräfte möglicherweise reichlich und billig zu haben sind, sind typische Verlaufsformen dieses Kampfes. Noch komplizierter wird die Verlaufsform solcher Kämpfe, wenn das wirtschaftliche Geschehen mit tiefgreifenden technologischen Umwälzungen verbunden ist, so dass vor kurzem noch „knappe“, stark nachgefragte Arbeitskräfte auf einmal nicht mehr gefragt sind, ihre konkrete Qualifikation auf einmal von der Nachfrage als beinahe „wertlos“ eingestuft wird (wer braucht noch Bergleute, Werftarbeiter oder Stahlkocher?).

2. Arbeitsinhalt und Spezifikation der Arbeitskraft:

Es muss aber auch bei den Arbeitskräften Momente geben, die sie in ihrem Angebotssegment festhalten. Solche Momente können gesetzlich sein, wie Sklaverei, Zwangsarbeit, rechtliche Diskriminierung von Frauen, Ausländerstatus, sie können auch gesellschaftlich, nur durch Angebot und Nachfrage vermittelt sein, wie etwa das Alter oder auch hier das Geschlecht oder Rassismus. Die Beseitigung solcher Hemmnisse ist Gegenstand des politischen Kampfes.

Spezifikationen, die von der Arbeitskraft nicht einfach abgestreift werden können, finden sich aber auch zwischen gleichberechtigten und gleichgestellten Arbeitskräften im besten Alter. Es muss sich also um Eigenschaften handeln, die eine Arbeitskraft nicht oder jedenfalls nicht schnell bzw. nicht mit den verfügbaren Mitteln ausbilden kann.

Handelt es sich bei der doppelseitigen Differenzierung (nach Arbeitsinhalt und nach Entlohnung) um eine gezielte

Spaltung, wie Lenin meinte? Oder ergibt sich diese Struktur aus einer produktivitätsorientierten Arbeitsteilung, d.h. ist es eine Differenzierung nach „Leistung“?

Pierre Bourdieu verdanken wir die Analyse des Arbeitsvermögens als bei der Person „akkumuliertes“ „Kulturkapital“. Akkumulation braucht Zeit, und Akkumulation von Arbeitsvermögen braucht eine spezifische Arbeit, nämlich des Menschen „an sich selbst“. Und diese Akkumulation kann nur gelingen, wenn soziale Einrichtungen, wie sie mit Familie, Kindergarten, Schule usw. gegeben sind, Voraussetzungen für diese „Arbeit an sich selbst“ schaffen.

Wir werden diesen Sachverhalt an Hand von Texten von Bourdieu rekapitulieren und dabei auf die Frage stoßen, in welcher Beziehung diese Leistungen /Vorleistungen zur Preisbildung bei den Löhnen und Gehältern stehen.

Die Akkumulation von Kulturkapital (und auch von Sozialkapital) geschieht zunächst in der Primärsozialisation, d.h. in Abhängigkeit von Einkommen der Eltern und ihrer Stellung im Arbeitsprozess. Sie wird in zunehmendem Maße Arbeit an sich selbst, die unter Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen verrichtet wird.

Im Arbeitsprozess ist die fortschreitende Differenzierung der Arbeit selbst zu beobachten. Sie ist Arbeit am Produkt und sie ist Steuerung des Produktionsprozesses.

Die Arbeit am Produkt verlangt die Koordination von Arbeitsakten mit Blick auf ein anschauliches Ziel. Diese Koordination kann sehr schwierig sein und virtuose Anspannung der Nerven und Körperkräfte erfordern. Auch hieraus ergaben und ergeben sich Differenzierungsprozesse, wie sie z.B. der Stücklohn ausdrückt, darauf kommt es nicht an, sondern auf die Anschaulichkeit, die z.B. die Ausbildung in der Praxis, im Job, durch die Firma ermöglicht.

Bei der Steuerung von Produktionsprozessen hingegen geht es um nicht-anschauliche Ziele, deren Erreichen wiederum kontrolliert werden muss, d.h. in einem selbst arbeitsförmigen Feststellungsprozess.

Von der Seite der Anforderung werden also gebraucht:

A) Arbeitskräfte, die Prozesse steuern können – das setzt eine schulmäßige Ausbildung voraus.

B) Arbeitskräfte, die in der Lage sind, anschauliche Arbeiten mit einem hohen Maß an Aufmerksamkeit und Übung zügig zu verrichten.

C) Arbeitskräfte, die in körperlich und nervlich belastende Funktionen eintreten, die aus irgendwelchen Gründen nicht maschinell gemacht werden können (oder nur mit dem allergrößten Aufwand, z.B. Putzmaschinen).

Die Klagen, dass niemand mehr bereit wäre, die Arbeiten unter C) überhaupt

zu machen, führen bei den Kapitalisten zur Forderung nach Zufuhr aus dem Ausland oder zum Terror gegen Arbeitslose.

Im Falle anziehender Produktion wird regelmäßig beklagt, dass Facharbeitskräfte (wie unter B) fehlen, ist der Aufschwung nachhaltig, gibt es steigenden Bedarf an innerbetrieblichen Qualifizierungsmaßnahmen oder Ausbildung im dualen System.

Über das Fehlen von Arbeitskräften, die Prozesse steuern können, bzw. bei deren Arbeit diese Fertigkeit eine wichtige Einmengung ist, wird immer geklagt.

Das ist notwendig so, weil das Kapital solche Arbeitskräfte in seinem eigenen Arbeitsprozess nicht heranbilden kann. Es repräsentiert notwendig einen Ausschnitt der gesellschaftlichen Teilarbeit, der vom verwissenschaftlichen Standpunkt der Gesamtarbeit eingeordnet werden muss.

Diese Abhängigkeit des Kapitals von dieser Art Arbeitskräften führt zu einer Konkurrenzsituation neuen Typs.

Ihre Qualität, den Prozess zu steuern, steht in Verbindung mit der Entwicklung der Produktivität des Ganzen, erzielbaren Extraprofiten, Wachstum, Übernahme von Konkurrenten usw.

Die Preisbildung für solche Arbeitskräfte unterliegt folgenden Parametern:

1. Der Aufwand, der für die Akkumulation getrieben werden muss, muss letztlich messbar sein in Zeit.

2. Die relative Seltenheit solcher Arbeitskräfte, wegen der das Angebot lange Jahre unter der Nachfrage bleiben kann.

3. Die Konkurrenz der Kapitalisten um solche Arbeitskräfte wie um ein knappes Gut, zugespitzt in dem Fall der Folgen schlechten oder guten Managements.

Zur Erörterung werden wir neuere Theorien über Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt heranziehen sowie gewerkschaftliche Strategien zur Tarifierung verschiedener Arbeiten.

Öffentliche Güter als Bedingung der Reproduktion der Lohnarbeit

Die Produktionsprozesse der modernen Industrie prägen neuartige Merkmale aus.

Wichtig ist zum einen, dass der Produktionsplan, die Geschäftsidee das Fassungsvermögen einer einzelnen Person sprengt. Goethes Formel: „Dass sich das große Werk vollende, genügt ein Geist für tausend Hände“ beschreibt heute Vergangenheit. „Große Werke“ können heute nur noch im Zusammenwirken vieler ausgedacht dargestellt und durchgeführt werden. Solche Arbeitskräfte repräsentieren gegenüber dem Prozess Wissen in gesellschaftlicher Form, das in die Produktion einfließt, aber nicht aus ihrer Beobachtung gewonnen werden kann. Für immer grö-

ßere Teile der Lohnabhängigen gilt, dass sie nicht einfach „angelernt“ werden können. Es werden Kenntnisse vorausgesetzt, die nur durch ein Schul- und Bildungswesen vermittelt werden können.

Dass sich in den letzten Jahrzehnten die Proportionen der Nachfrage sehr in diese Richtung verschoben haben, hat zu unterschiedlichen Konjunkturen in den verschiedenen Arbeitskraftsegmenten beigetragen, die die zyklischen Nachfrageschwankungen verstärkten.

Da ein erheblicher Teil der Bildungskosten der Arbeitskraft durch öffentliche Umlagen gezahlt wird und da ein erhebliches Moment der Lebensqualität durch das Vorhandensein öffentlicher Güter geprägt wird, stellen sich Fragen nach der Finanzierung und nach in der Finanzierung enthaltenen Umverteilungsprozessen.

Solche Fragen waren in der klassischen Theorie nicht vorhergesehen worden, jedenfalls nicht in ihrer konstituierenden Bedeutung für die Reproduktion der ganzen Gesellschaft.

Im großen Brocken geht es dabei um Leistungen, die den Prozess der Übertragung von Kultur- und auch von Sozialkapital fördern, d.h. die Sozialisation stützen.

Die Qualität des Lebens ist wegen der wachsenden Bedeutung dieser Momente nicht nur durch das Lohneinkommen bedingt, sondern durch Leistungen aus Umlagen, die innerhalb der Familie, innerhalb von Versichertengemeinschaften und innerhalb der Einwohner auf dem Wege der Steuer aufgebracht werden.

Hinzu kommt die Bedeutung von öffentlichen Gütern. Zwar ist der Nutzen solcher Güter nicht konkret in Geld darstellbar. Ihre Wahrnehmung ist aber in der Regel so, dass sie als Güter empfunden und eingestuft werden, deren Nutzen „für alle gleich“ ist. Dadurch entsteht der feste Eindruck, dass öffentliche Güter „egaliserende“, d.h. gleichmachende Wirkung entfalten. Einkommensunterschiede werden bei einem großen Angebot öffentlicher Güter als weniger stark wahrgenommen wie bei einem kleinen Angebot. Abbau öffentlicher Güter – oder eine Begrenzung des Zugangs zu ihnen – wird deshalb als Verstärkung gesellschaftlicher Ungleichheit wahrgenommen und vielfach abgelehnt.

International ist die Wirkung genau umgekehrt. Da öffentliche Güter global ungleich verteilt werden – viel Straßen, Wasserversorgung, Spielplätze, Schwimmbäder usw. in eher reichen Regionen und Staaten, wenig in eher ärmeren –, vertieft diese konkrete Verteilung öffentlicher Güter die ohnehin unterschiedlichen Lebensstandards zwischen Staaten.

Die enorme Spreizung der Lohn- und Gehaltseinkommen findet in solchem

Momenten – Umlagen, Versicherungen, öffentlichen Gütern – ein Gegengewicht. Hier können sich vor allem diejenigen finden, deren Lebensunterhalt auf Teilnahme am Arbeitsprozess basiert ist und nicht auf Rechtstitel auf Einkommen.

Deswegen sind „Sozialpolitik“, die Bildungs- und Gesundheitspolitik, die Wohnungspolitik, selbst die Stadtplanung, die Regionalpolitik, der Straßenbau und die Bereitstellung von Verkehrs- und Erholungsangeboten so wichtig.

Hier ergibt sich nun eine neue Lage. Die zur Zeit von Marx und Engels entwickelten und immer noch aktuellen Forderungen nach Gesetzen zum Schutz der arbeitenden Klassen vor extremer Ausbeutung unterscheiden sich von Forderungen nach „Sozialleistungen“, die heute notwendig dazu kommen und bei denen es auch um Transfers innerhalb der arbeitenden Klassen geht. Noch komplizierter wird die Situation bei den öffentlichen Gütern, die vielleicht von allen zunächst gleich geschätzt werden, aber konkret durchaus nicht immer von allen gleich benötigt werden.

Die Frage nach dem Nutzen, die sich z.B. bei einer gesetzlichen Beschränkung der zulässigen Arbeitszeit für „jeden Einzelnen“ und auf diesem Wege „für die ganze Klasse“ gleich beantworten lässt, macht komplizierteren Kalkulationen Platz; das ist ein möglicher Grund für die Schwächung des Koalitionsgedankens.

Für das von einer Vielzahl von Bedürfnissen geplagte Individuum ergibt sich der Zwang, scharf zu rechnen, und das heißt auch: zu kalkulieren, wie sich der Aufwand für Steuer und Versicherung zu den Leistungen unter seinen konkreten Lebensumständen darstellt.

Unter diesen Bedingungen entsteht gesellschaftlich die Tendenz, die notwendigen Ausgaben für jene Umlagen und öffentlichen Güter zu niedrig anzusetzen, z.B. vor dem Hintergrund einer individuell optimistischen Risiko- und Bedarfskalkulation. Dagegen gibt es wiederum eine Tendenz zur Übertreibung der Risiken, des Aufbaus von Nachteilen, die aber die Tendenz zur Unterfinanzierung der Umlagesysteme anscheinend nicht ausgleicht.

Kalkulation von Bereitstellungskosten / Nutzen öffentlicher Güter

Gehen wir von der allgemeinen Bestimmung aus, dass öffentliche Güter dem einzelnen Konsumenten kostenfrei zu Verfügung stehen und die Bereitstellung durch Umlage finanziert wird, entsteht die Vorstellung eines „Steuerpreises“ öffentlicher Güter. Auf diesem Wege ergibt sich ein kalkulatorischer Zugang. Sollen mehr öffentliche Güter bereitgestellt werden, steigt danach der Steuerpreis. Für den Konsumenten vergleicht

sich das „Mehr“ an konsumierbaren öffentlichen Gütern mit einer Gütermenge, die ihm wegen der gestiegenen Steuer entgeht. Die Entscheidung dafür oder dagegen drückt sich in Mehrheiten bei Wahlen aus. Wir hatten diese Frage bereits im Sommer bei der Diskussion von Stieglitz dargestellter kalkulatorischer Modelle angerissen und waren dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass es sinnvoll sein dürfte, ein kalkulatorisches Modell zu entwickeln, das es den Individuen, namentlich den Lohnabhängigen, erleichtert, solches „Mehr“ und „Weniger“ in einer Zusammenschau zu sehen.

Da der Bedarf an öffentlichen Gütern in den verschiedenen Lebensphasen verschieden ist, empfiehlt sich eine Darstellung, die den Einfluss einer Maßnahme in sämtlichen Lebensphasen sichtbar macht.

Die erste Lebensphase ist durch Bedürftigkeit gegenüber der Familie und auch gegenüber der Öffentlichkeit bestimmt. Kindergarten und Schule, die Gesundheitsversorgung etc. beanspruchen wachsende öffentliche Vorleistungen.

Noch mehr die Universität.

Während des Arbeitslebens werden Steuern und Versicherungsumlagen gezahlt.

Dieser Prozess würde sich darstellen a) als Rückzahlung von Vorleistungen und b) an Ansparen für die Zeit der Altersruhe und c) Absparen während der Altersruhe.

Diese Daten im Zusammenhang einer konkreten Biografie zu erfassen und quasi zu „bilanzieren“, ist wegen der erheblichen Änderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, der Lebensweise, des Preisgefüges, die in einer so langen Zeit vorfallen, so gut wie unmöglich.

Man könnte sich aber damit behelfen, angelehnt an Vorstellungen von Lebensplanung und Lebensstilbildung, bestimmte typische Lebensverläufe aufzustellen und dort in der aktuellen Rechtslage und den aktuellen Preisen entsprechende Daten einzutragen.

Ein solches Verfahren würde es jedenfalls erleichtern, Transfers zwischen den Generationen, Geschlechtern und sozialen Schichten sichtbar zu machen.

Abschließend: Während es im ersten Teil darum gehen wird, die Ursachen für die Preisbildung auf dem Arbeitsmarkt zu verstehen und Möglichkeiten der Gegenwehr zu sichten, wird es im zweiten Teil darum gehen, die Wirkungen von Vorleistungen der Öffentlichkeit auf den Lebensstandard fassbar zu machen und zu prüfen, was gegen die Tendenz zum Abbau solcher Leistungen zur Wirkung gebracht werden kann.

Berichterstattung für die Vorbereitungsgruppe: Martin Fochler, Rüdiger Lötzer

Kurs Philosophie zu Fragen von Bildung und Erziehung: Konsequenzen aus „PISA“ – aber welche?

Das staatliche Bildungssystem befindet sich in einer Krise. Vor allem im Zusammenhang der PISA-Studie geriet mehr und mehr in das öffentliche Bewusstsein, dass es nicht so bleiben kann, wie es ist. Aber was muss sich ändern? Im Kurs Philosophie der Linken Schule wollten wir uns im Sommer 2004 diesen Fragen nähern, die keineswegs nur Bildungspolitiker angehen. Schließlich geht es bei der Frage von Bildung und Erziehung darum, was die ältere Generation mit der jüngeren will. – Es zeigte sich, dass wir mit einem Kurs nicht auskamen, im Winter findet deshalb die Fortsetzung statt.

Krise des staatlichen Bildungswesens.

Augenfällig wurde durch die PISA-Studie vor allem zweierlei.

Erstens: Mit PISA und ähnlichen Programmen ging es um die Untersuchung der kulturellen Basiskompetenzen von Schülern, insbesondere der Beherrschung der Verkehrssprache, der mathematischen Modellierungsfähigkeit, d.h. der Fähigkeit, außermathematische Situationen in sinnvoller Weise mit einem mathematischen Modell in Verbindung zu setzen und damit die Situation in zentralen Merkmalen zu formalisieren, sowie der Selbstregulation des Wissenserwerbs.¹ Diese Basiskompetenzen sieht der PISA-Ansatz zwar nicht als einzige, aber wichtige und notwendige Voraussetzung dafür, an der gesellschaftlichen Kommunikation teilzuhaben. PISA zeigte, dass die Bildungsinstitutionen, vor allem die Schule, in der BR Deutschland die Vermittlung dieser Basiskompetenzen und damit einen wesentlichen Teil ihrer Bildungsaufgaben nur unzureichend leisten. Angesichts der mit der Globalisierung verbundenen gesellschaftlichen Umbruchsituation und der Anforderungen aus den gesellschaftlichen Modernisierungsprozessen stellt dies ein um so größeres Problem dar.

Zweitens organisiert das Bildungswesen nach wie vor eine soziale und darüber hinaus eine kulturelle Selektion.

In der bildungspolitischen Diskussion „nach PISA“ werden beide Probleme thematisiert², wobei das Problem der sozialen und kulturellen Selektion oft vor allem als Verschwendung von Ressourcen wahrgenommen wird. Von Seiten „der Wirtschaft“ werden Anforderungen an das Bildungswesen unter dem leitenden Gesichtspunkt erhoben, dass Bildung ein volkswirtschaftlicher Faktor ist und in der globalen Konkurrenz der Märkte zunehmend über die

Konkurrenzfähigkeit des Standorts entscheidet. Als Konsequenz aus PISA wird der „Systembruch“ gefordert, d.h. die Entstaatlichung des Bildungswesens.³ In der linken Diskussion steht – nach meinem Eindruck – die Abwehr von Privatisierungsbestrebungen im Mittelpunkt, ohne dass die gesellschaftlichen Entwicklungen und die daraus resultierenden geänderten Anforderungen an das Bildungswesen ausreichend reflektiert werden.

Probleme der Konzeption der bürgerlichen Allgemeinbildung

Das Bildungswesen hat im letzten Jahrhundert, vor allem in der zweiten Hälfte, wichtige Veränderungen erfahren. U.a. hat eine erhebliche Bildungsexpansion stattgefunden, d.h. eine Ausweitung des Schulunterrichts ebenso wie eine Ausweitung des Anteils der jungen Generation, der weiterführende Schulen besucht. Aber es ist zu bezweifeln, dass die verschiedenen Reformen über das Konzept der bürgerlichen Allgemeinbildung, wie es in den Anfängen des öffentlichen Bildungswesens in Deutschland entwickelt wurde, in dem notwendigen Umfang hinausgekommen sind.

Diese um die Jahrhundertwende zum 19. Jahrhundert entwickelte Konzeption ist wesentlich mit dem Namen Wilhelm von Humboldt⁴ verbunden. Humboldt, der von 1809 an 17 Monate lang als Leiter der Sektion für Kultus und öffentlichen Unterricht in Preußen eine grundlegende Reform des Bildungswesens betrieb, setzt dem damals die Bildungsinstitutionen prägenden Konzept der „Spezialbildung“ eine Konzeption der Allgemeinbildung entgegen. Gegen die feudal-ständische Verfasstheit der Gesellschaft mit ihrer tiefen sozialen Spaltung, der Armut und Unwissenheit breiter Bevölkerungsteile begründete er den emanzipatorischen Anspruch der Entfaltung der den Menschen – jedem Menschen – innewohnenden Fähigkeiten. Während die Institutionen der „Spezialbildung“ den Ständen entsprechend einseitig zugerichtetes Menschenmaterial lieferten, das damit den Bedürfnissen der ständischen Gesellschaft und des herrschenden Feudaladels genügte, war die soziale Leitfigur der Humboldtschen Konzeption der Allgemeinbildung der aufgeklärte und freie Mensch und Bürger, der Staatsbürger, der am Willens- und Mei-

nungsbildungsprozess der Öffentlichkeit teilzunehmen im Stande ist. Wenn Schulen so eingerichtet würden, so Humboldt, dass sie die allgemeine bürgerliche, jedem Menschen und Staatsbürger notwendige Bildung bezweckten, wäre für das allgemeine Bedürfnis aller Stände gesorgt.

Hintergrund dieser in ihrer Zeit revolutionären Vorstellungen waren die Bestrebungen des Bürgertums, an der Leitung von Staat und Gesellschaft teilzuhaben. Um die eigenen Ansprüche durchzusetzen, lehnte es Ungleichheit ab, die auf erblichen Merkmalen und mit der Herkunft verknüpften Privilegien beruhten. Das Bildungssystem sollte die bestehenden Ungleichheiten nicht reproduzieren, sondern ihnen entgegenwirken. Das bedeutete, dass es für jeden ohne Ansehen seiner Herkunft zugänglich werden musste. Erziehung und Bildung wurden zur öffentlichen Angelegenheit. Fundament der Bildung wurde der Volksunterricht; die Reform des



Typische Schulsituation Ende des 19. Jahrhunderts. Der Lehrer als Leiter, der das Wissen repräsentiert.

Schulwesens begann folgerichtig mit der Einrichtung der Volks-(Elementar-) Schule. Von dort ausgehend entfaltete sich im Humboldtschen Konzept Unterricht auf verschiedenen Stufen. Elementar-, Gymnasial- und Universitätsunterricht waren drei Sorten aufeinanderfolgender Bildungsanstalten. Das Gymnasium wurde zur Bildungsanstalt für praktisch alle Karrieren im höheren Staatsdienst und die so genannten freien Berufe.

Ziel war, das über die Stellung, die die Individuen in der Gesellschaft einnahmen bzw. einnehmen konnten, nicht mehr die ständische Herkunft entscheiden sollte, sondern in erheblichem Ausmaß der Erfolg, mit dem sie dieses Bildungssystem durchliefen.⁵ Insofern ist von Belang, welches Leitbild dieses dreigestufte Bildungssystem prägte.

In dem Bruchstück „Theorie der Bildung des Menschen“ entwirft von Humboldt das Bild des Menschen, der „ohne alle, auf irgend etwas Einzelnes gerichtete Absicht, nur die Kräfte seiner Natur stärken und erhöhen, seinem Wesen Werth und Dauer verschaffen will“, und dem die „Welt außer sich“ Gegenstand seiner Kraftentfaltung ist. In dieser Subjektzentrierung verknüpft sich der emanzipatorische Anspruch allgemeiner Bildung, wie ihn Wilhelm von Humboldt vertritt, mit dem Gedanken der (gesellschaftlichen und staatlichen) Leitung. Das Mensch-Sein, das die Bildungsreform zu ihrem Zweck machte, besteht darin, die Welt zu erfassen und sie zu gestalten. Zugleich ist, mit der Einrichtung des dreigestuften Bildungswesens, in dem eine strenge Schranke das Gymnasium von der Elementarschule trennt, der Gedanke der Entfaltung der Fähigkeiten praktisch unvermeidlich mit dem Leistungsge danken verbunden.

Ungleich direkter als Humboldt formuliert dies Schleiermacher.⁶ Auch er wendet sich gegen restaurative Vorstellungen, dass die Erziehung die Ungleichheit der Menschen hervorbringen bzw. verstärken müsse. Auch nach seiner Auffassung muss sie der Ungleichheit entgegenwirken. Er betont, dass die Organisation der Erziehung dergestalt sein muss, dass sie „auf jedem Gebiete in jedem Einzelnen das Maximum entwickeln“ werde (S. 165). Aufgabe der „Erziehungskunst“ ist Schleiermacher zufolge, dass sie den Jugendlichen befähigen müsse, ein Urteil zu bilden und „frei“ seinen weiteren Lebensweg zu wählen, seine „Bestimmung“ zu finden. Deshalb sollte die gesamte – männliche – Jugend einige Jahre gemeinsam die Volksschule durchlaufen, wo sich dann entscheidet, wer sich wozu eignet. „Die einen gehen in ihrem späteren Leben in die Region der Leitenden über“ – für sie werden die „höheren geistigen Bildungsanstalten“ eingerichtet; „die anderen sind und bleiben überwiegend Geleitete“ (S. 315) – für sie ist die Allgemeinbildung mit der Volksschule abgeschlossen. Am Ende der gemeinsamen Zeit in der Volksschule muss sich, so Schleiermacher, entscheiden, „welche von den Zöglingen Tüchtigkeit fühlen, in das Gebiet des Regierens einzugehen, wozu wissenschaftliche Bildung notwendig ist“ (S. 170). Die Ziele eines derart gestuften Bildungssystems können mit den Stichworten aufgeklärte Herrschaft, verständiger Gehorsam gekennzeichnet werden (S. 270).

Die für die meisten Kinder nahezu unüberwindliche Hürde zwischen Volksschule und Gymnasium soll den Blick für die „Bildungsexpansion“ im 19. Jahrhundert nicht trüben. Praktisch wird im Laufe weniger Jahrzehnte die gesamte Jugend, erst die männliche, zunehmend aber auch die weibliche, durch

das Schulwesen erfasst. In Preußen z.B. besuchten zu Beginn des 19. Jahrhunderts kaum mehr als 50% der schulpflichtigen Kinder die Schule. Ende des 19. Jahrhunderts war die Schulpflicht dann weitestgehend realisiert, nahezu alle Kinder gingen wenigstens einige Jahre zur Schule.

Doch dieser enorme Fortschritt war – wahrscheinlich von Anfang an – mit Problemen verbunden, Problemen, die nicht überwunden wurden und immer stärker als Fessel ins Gewicht fielen.

Erstens spielte von Anfang des allgemeinen Schulwesens an die Entwicklung der produktiven Fähigkeiten praktisch – bis auf wenige Ausnahmen – keine Rolle, obwohl Humboldt etwa produktive Tätigkeit für den Universalgebildeten ebenso wichtig hielt wie Universalbildung für den Arbeiter und auch Schleiermacher damals entstehende polytechnische Schule als vorbildlich ansah. Deshalb hob die neuhumanistische Bildung die Verkümmern des Menschen, die Vereinseitigung seiner Fähigkeiten nicht auf. Die Verbindung von praktischen und theoretischen Elementen der Bildung hätte zudem, davon ist auszugehen, die frühe Spaltung in Schüler, die zukünftig zur Leitung bestimmt sind, und in solche, für die das Geleitet-Werden in Frage kommt, erheblich erschwert.

Zweitens ist nämlich eine Allgemeinbildung, die auf gesellschaftliche Leitungstätigkeiten abhebt, von vornherein auf Selektion angelegt. Denn wo es Leitende gibt, gibt es auch Geleitete, und beide soll das Bildungswesen bereitstellen. Also *muss* zu irgendeinem Zeitpunkt im Bildungsgang der eine vom anderen getrennt werden. In Deutschland ist dieser Zeitpunkt im Vergleich zu anderen Ländern besonders früh. Auch in den Reformdiskussionen der letzten Jahrzehnte scheint es mir wesentlich darum gegangen zu sein, den Kreis potenzieller Leitender weiter auszudehnen, nicht darum, das Prinzip in Frage zu stellen, dass Ziel des erfolgreichen Bildungsgangs die Befähigung zur Leitung ist.

Drittens ist mit dem Konzept der bürgerlichen Allgemeinbildung die Vorstellung verbunden, dass Wissen sich im Individuum verkörpert, individuell angeeignet wird und individuell verfügbar ist. Dem entspricht die Figur des Leiter, der, insofern er leitet, das Wissen repräsentiert. Diese Vorstellung von der personalen Gebundenheit von Wissen hat viele Implikationen, unter anderem, dass Bildung und Leistung, Bildung und Karriere zusammengedacht werden und dass im Bildungswesen Kooperation seit je klein ge-

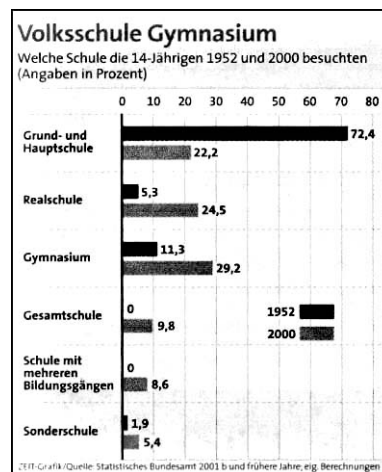


Schaubild 1. Quelle: Stat. Bundesamt

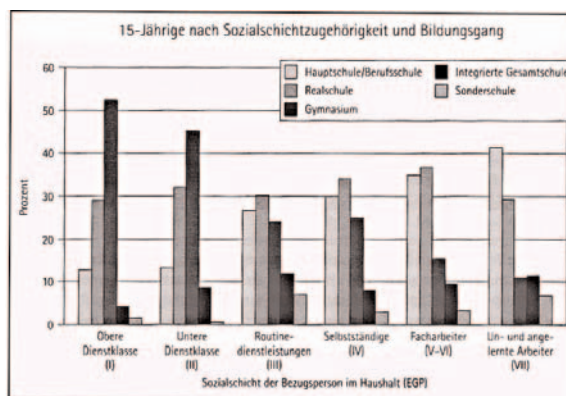
schrieben wird. Diese ist, dass die Entwicklung in den letzten zwei Jahrhunderten und ganz besonders in den letzten Jahrzehnten ein Umdenken erfordert und das Bildungswesen mit ganz neuen Anforderungen konfrontiert. Dazu weiter unten.

Schulsystem und Selektion

Schaubild 1 verdeutlicht die eine Seite der eingangs angesprochenen Bildungsexpansion, nämlich die Zunahme der Jugendlichen, die weiterführende Schulen besuchen. Schaubild 2 dagegen zeigt, dass das Bildungswesen nach wie vor die soziale Selektion organisiert. Die Frage ist, wie diese Selektion ohne augenfällige Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes vonstatten geht.

Grundlage ist, dass, wie oben festgestellt, dass Bildungswesen überhaupt auf Selektion angelegt ist. Auch Niklas Luhmann⁷ spricht vom gemeinsamen Ursprung von Erziehung und Selektion und weist überzeugend nach, dass Selektion bei Erziehung nicht zu vermeiden ist: Denn wenn von Erziehung die Rede ist, wird auf die *Absicht* zur Erziehung abgestellt; andernfalls hätte, falls Erziehung „misslingt“ und aus dem Zögling nichts wird, Erziehung nicht stattgefunden. „... Erziehung ist ja nichts anderes als Entwicklung der Kräfte, vermöge deren Tätigkeiten und Fertigkeiten eingeübt und Kenntnisse

Schaubild 2: Sozialschicht der Bezugspersonen im Haushalt



erlangt werden“, heißt es bei Schleiermacher (S. 255). Die Absicht des Lehrers besteht darin, Wissen an jemanden zu vermitteln, der darüber noch nicht verfügt. Er kommentiert sodann das Lernverhalten des Schülers (nicht etwa seinen eigenen Vermittlungserfolg oder -misserfolg), erstens im Vergleich zu anderen Schülern des Jahrgangs und zweitens im Fortschritt seines Wissens. Mittels von Zensuren und Prüfungen, die Auskunft über die individuelle Leistungsfähigkeit geben, produziert das Bildungswesen Karrieren.

Wieso und wie die soziale Herkunft bei der Selektion durch das Bildungswesen durchschlägt, darüber geben die Untersuchungen des französischen Soziologen und Marxisten Pierre Bourdieu Aufschluss. Die in den Familien sozialisierten und erzogenen Kinder kommen mit völlig unterschiedlichen Voraussetzungen in die Schule. Bourdieu entwickelt in diesem Zusammenhang den Begriff des kulturellen Kapitals, mit dem die Familien ihre Kinder ausstatten: „Das kulturelle Erbe, das ... nach sozialen Klassen variiert, ist für die ursprüngliche Ungleichheit der Kinder in Bezug auf die schulische Bewährungsprobe und damit die unterschiedlichen Erfolgsquoten verantwortlich.“⁸

Das kulturelle Kapital, das sich z.B. in der Sprache, in der Einstellung zu Bildung, zu Kunst etc. äußert, erscheint sozusagen als natürliche Begabung. Die Schule, die die „Eignung“ der Kinder für weitere (Bildungs-)Karrieren feststellt, sanktioniert das kulturelle Kapital der Kinder aus im Hinblick auf die Bildung privilegierten Milieus. Dieser konservative Charakter der Schule erklärt das Phänomen der sehr weitgehenden Selbstrekrutierung der Intelligenz, die allerdings manchmal auch durchbrochen wird.

So gelangten in der zweiten Hälfte der 60er und in den 70er Jahren des 20. Jahrhunderts aus verschiedenen Gründen, u.a. der gestiegenen Nachfrage des Kapitals nach „höherer“ und akademisch gebildeter Arbeitskraft, Kinder aus anderen, bis dahin eher „bildungsferneren“ Schichten, sowie Mädchen bzw. junge Frauen auf das Gymnasium und die Universität. Das ging, wie Bourdieu zeigt⁹, mit einer Entwertung akademischer Titel einher. Eine andere Folge: Dem Nachwuchs der neuen Bildungsschichten, der derzeit die Schulen durchläuft, mangelt es gegenüber dem der alten spürbar an kulturellem Kapital, das nicht nur von einer zur nächsten Generation, sondern über Generationen hinweg übertragen wird. Das dürfte einer der zahlreichen

Gründe für die landläufigen Klagen über die „Mittelmäßigkeit“ der Schülerinnen und Schüler sein.

Unter diesen Gesichtspunkten müssen sozialistische Reformalternativen darauf zielen, die Konservierung und Reproduktion der sozialen Ungleichheit durch das Bildungswesen so weit wie möglich zu verringern. Die Unterstützung der frühkindlichen Lernens durch qualitativ gute und ausreichende Krippen und Kindertagesstätten kann die Bedeutung des durch die Familien vermittelten kulturellen Kapitals für den Bildungserfolg der jungen Generation verringern. Ebenso sind Forderungen zu unterstützen, die in Richtung Einheitsschule, Förderung von Ganztagschulen u.ä. zielen und so das Recht auf Bildung eines jeden Menschen stärken. Ein weiterer, womöglich der wichtigste Komplex von Forderungen muss auf die Qualität des Unterrichts, auf polytechnische Erziehung, die Stärkung fächerübergreifenden Unterrichts und kollektiven Lernens zielen.

Neue Anforderungen an das Bildungswesen

In der Winterschule 2005 – sie findet vom 6. bis 9. Januar in Sondershausen/Thüringen statt – soll das im Sommer begonnene Thema Bildung unter vor allem zwei Gesichtspunkten fortgesetzt werden.

Zum einen wäre Entwicklungen auf dem Gebiet des Wissens nachzugehen, unter der These, dass Wissen heute nicht

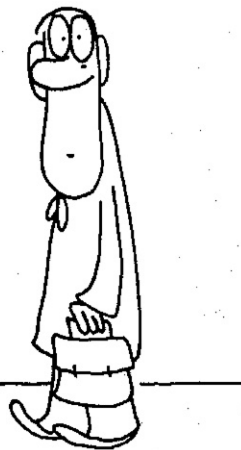
nen Arbeitern wird, deren jeweiliger Beitrag im Produktionsprozess unverzichtbar, aber schwer messbar ist.

Eine wahrscheinlich vergleichbare Entwicklung findet seit geraumer Zeit auf dem Gebiet des Wissens statt. Noch bis in die zweite Hälfte des letzten Jahrhunderts – um ein Beispiel zu geben – spielte der „geniale Konstrukteur“ eine immerhin so bedeutende Rolle, dass etwa der Flugzeugbau mit Namen wie z.B. Messerschmitt in Deutschland oder Tupolew in der Sowjetunion über Jahrzehnte fest verbunden ist. Heute ist es praktisch undenkbar, dass Einzelne einen Gesamtprozess repräsentieren, der nur als gesellschaftlicher, als kombinierter Prozess möglich ist, d.h. als Prozess, in den wissensbasierte Arbeit bzw. praxisorientiertes Wissen einer großen Anzahl von Menschen, oft verteilt über zahlreiche Standorte weltweit, aus unterschiedlichsten Wissens-(Produktions-)bereichen eingehen, in denen ständig neues Wissen generiert wird. Die jungen Menschen müssen sich im Bildungsgang die Kompetenzen erwerben, in solchen Prozessen mitzuwirken; Bildungsziele und -inhalte müssen sich in erster Linie daran orientieren, die Entwicklung von Urteilsfähigkeit, Kooperationsfähigkeit und Selbstständigkeit zu unterstützen.¹¹ Für die Nachwachsenden hat die hier nur angedeutete Entwicklung auch zur Konsequenz, dass die Ansprüche an ihre (lebenslangen) Selbstbildungsaufgaben erheblich zunehmen.

Zum anderen wäre den schulischen und außerschulischen Bedingungen schulischen Lernens weiter nachzugehen. Auch hier sind erhebliche Unterschiede gegenüber den Zeiten auszumachen, in denen sich das Erziehungs-, d.h. das Schulsystem als eigenes Subsystem der Gesellschaft ausdifferenzierte. Die Schule konstituiert sich gerade durch die Abgrenzung von der Familie (übrigens auch von der Kirche). Sie konstituiert sich als staatliche Anstalt. Die in der Schule stattfindende Erziehung wird durch den Staat gesteuert. Immer noch ist der durch die staatliche Kontrolle sichergestellte Unterricht wesentliches Moment des Bildungsprozesses der nachwachsenden Generation, aber andere Faktoren, die von anderen gesellschaftlichen Subsystemen bereitgestellt werden, spielen eine zunehmende Rolle, neben der Familie besonders die Medien, v.a. das Internet, oder die Jugendkultur. Das gewiss nicht schwächste Indiz dafür, dass die Schule den geänderten Bedingungen nicht gerecht wird, ist die statistisch belegte große Unlust der Jugend, zur Schule zu gehen, nicht nur in Deutschland.

Wir sollten uns also im nächsten Kurs der Linken Schule vom 6. bis 9. Januar mit der Frage befassen, welche verschiedenen Einflüsse den Bildungspro-

Leider habe ich
einige Schüler, die
nicht mit dem Lehr-
plan übereinstimmen.



mehr im gleichen Maße wie zu Humboldts Zeiten personal ist und dass sich Intelligenz nicht mehr im Leitenden, sondern (zunehmend) im System verkörpert.

Marx beschreibt im Kapital Bd. 1, wie sich – als Wirkung des Kapitals und unter seiner Leitung – durch die Kooperation die gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit entwickelt.¹⁰ Das hat schon mit der Herausbildung der Manufaktur zur Folge, dass aus dem individuellen Produkt eines selbstständigen Handwerkers das gesellschaftliche Produkt von durch Kooperation verbunde-

zess heute steuern, welche Auswirkungen auf und Anforderung an das Lernen und seine Bedingungen damit verbunden sind und wie sich das soziale Konstrukt des „Zöglings“ verändert. Textvorschläge sind hoch willkommen.

Christiane Schneider

- 1 J. Baumert et al. (Hrsg.) PISA 2000: Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich, ISBN 3-8100-3344-8 (€25,50). Ein Überblick findet sich in: PISA 2000. Die Studie im Überblick, Grundlagen, Methoden, Ergebnisse, als PDF-Datei unter: www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/. Außerdem: Jürgen Baumert, Transparenz und Verantwortung, in: Die Bildung der Zukunft, hrsg. von N. Killius, J. Kluge und L. Reisch, Frankfurt a.M. 2003.
- 2 Einen Eindruck dieser Diskussion vermitteln z.B.: Annette Schavan (Hg.), Bildung und Erziehung, Frankfurt a.M., 2004; die beiden Bände mit Beiträgen der Workshops und Konferenzen von McKinsey bildet: Die Zukunft der Bildung / Die Bildung der Zukunft, hrsg. von N. Killius, J. Kluge und L. Reisch, Frankfurt a.M. 2002 bzw. 2003.
- 3 Siehe z.B. Jürgen Kluge, Schluss mit der Bildungsmisere, Ein Sanierungskonzept. Frankfurt a.M. 2003. Kluge ist seit 1999 Leiter des deutschen Büros von McKinsey in Düsseldorf.

- 4 Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staates zu bestimmen, Stuttgart 1991, darin insbesondere S. 22ff.; ders., Theorie der Bildung des Menschen. Bruchstück.
- 5 Siehe dazu: Niklas Luhmann, Das Erziehungssystem der Gesellschaft, Frankfurt a.M. 2002, insbesondere Kap. 5, Ausdifferenzierung des Erziehungssystems.
- 6 Friedrich Schleiermacher, Texte zur Pädagogik Bd. 2, Grundzüge der Erziehungskunst, Vorlesungen 1926, Frankfurt a.M. 2000.
- 7 Siehe Fußnote 5, insbesondere das Kapitel 2, Sozialisation und Erziehung, S. 48ff.
- 8 Pierre Bourdieu, Wie die Kultur zum Bauern kommt, Hamburg 2001, daraus: Die konservative Schule, hier zitiert nach: absolute, Pierre Bourdieu, Freiburg 2003, S. 80ff. Ebenfalls in diesem Band zu Bourdieu das Kapitel: Die drei Formen des kulturellen Kapitals.
- 9 Pierre Bourdieu, Die feinen Unterschiede, Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt a.M. 1987. Vester und andere konstatieren nach der „Öffnung des sozialen Raums“ und den Bildungsreformen in den 80er Jahren soziale Schließungen. Siehe Vester u.a. (Hg.), Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt a.M. 2001.
- 10 „Wie die Angriffskraft einer Kavallerieschwadron oder die Widerstandskraft eines Infanterieregi-

ments wesentlich verschieden ist von der Summe der von jedem Kavalleristen und Infanteristen vereinzelt entwickelten Angriff- und Widerstandskräfte, so die mechanische Kraftsumme vereinzelter Arbeiter von der gesellschaftlichen Kraftpotenz, die sich entwickelt, wenn viele Hände gleichzeitig in derselben ungeteilten Operation zusammenwirken, z.B. wenn es gilt, eine Last zu heben, eine Kurbel zu drehen oder einen Widerstand aus dem Weg zu räumen. Die Wirkung der kombinierten Arbeit könnte hier von der vereinzelt gar nicht oder nur in viel längeren Zeiträumen oder nur auf einem Zwergmaßstab hervorgebracht werden. Es handelt sich hier nicht nur um die Erhöhung der individuellen Produktivkraft durch die Kooperation, sondern um die Schöpfung einer Produktivkraft, die an und für sich Massenkraft sein muss.“ Karl Marx, MEW Bd. 23, Das Kapital, 11. Kapitel, Kooperation.

- 11 Das hat selbstverständlich gravierende Auswirkungen z.B. auf die Art und Weise, wie Lernen vorstatten gehen soll. Im Anschluss an Heinz von Foerster beschreibt Luhmann (s. Fußnote 5, S. 76ff.) die Trivialisierung des Schülers durch den Unterricht, der insbesondere in Deutschland wesentlich fragender Unterricht ist: Um im System Erfolg zu haben, muss der Schüler die erwarteten „richtigen“ Antworten geben. Er wird dazu gebracht, vorhersagbar zu sein.

**IN UND BEI
DER PDS**

Am 26. September wurde im Kreis Rhein-Sieg (Umland von Bonn) für die PDS Uwe-Bernd Griesert in den Kreistag gewählt.

Griesert selber war Bundeswehroffizier, danach im EDV-Bereich tätig und zum Schluss Pensionär. Arbeitete seit drei Jahren mit der PDS Rhein-Sieg zusammen, war seit einem Jahr Mitglied und zum Schluss Kassierer. Mit großer Mehrheit wurde er trotz eines Gegenkandidaten für den Kreistag nominiert.

Nach seiner Wahl in den Kreistag wandte sich Griesert an alle großen Parteien und schlug ihnen eine Fraktionsgemeinschaft vor. Nachdem er keine Antwort auf sein Ansinnen erhielt, wandte er sich an zwei neofaschistische Parteien, die auch in den Kreistag gewählt worden waren. Der Bonner General-Anzeiger schreibt am 14.10.: „PDS-Mann Griesert, der die Idee zur technischen Fraktion hatte und sich selbst gleich zum Fraktionschef wählen ließ, ist optimistisch: ‚Die Vertreter von NPD und Bündnis für Deutschland waren schlichtweg begeistert.‘ Auch wenn er und die beiden Mitstreiter politisch ‚Lichtjahre‘ auseinander lägen, werde sich das räumliche Zusammengehen wohl bewähren.“

Wer sich mit der Gemeindeordnung NRW ein wenig auskennt oder sich damit ernsthaft befasst hätte, wüsste, dass die Bildung von technischen Fraktionen eine Art Listenverbindung darstellt, die – anders als in anderen Bundesländern – in NRW nicht zulässig ist.

Griesert hatte niemanden über sein Handeln unterrichtet. Wenige Tage zuvor hatte der Kreisverband Rhein-Sieg

ihn nicht wieder in den Vorstand gewählt. Zu diesem Zeitpunkt wusste der Kreisverband von Grieserts Wirken nichts. Da es zu Unstimmigkeiten gekommen war, wählte man ihn nicht wieder in den Vorstand.

Grieserts Zusammenarbeit mit der NPD und dem BfD erfuhren die PDS-Gliederungen über die Presse. Alle waren und sind erschüttert und kündigten ein Ausschlussverfahren an. Dem kam Griesert durch seinen schriftlich erklärten Austritt zuvor.

Nachdem klar wurde, dass der Landrat die „technische Fraktion“ nicht anerkennen würde, erklärte Griesert seinen Austritt aus der so genannten Fraktion. Dem Bonner Generalanzeiger erklärte er: „Wegen diverser Morddrohungen über Telefon und Mails und aus Sorge um mein Leben beende ich das Spiel um die technische Fraktion durch meinen Austritt. Das ist mir der ‚Test‘ der Demokratie nicht wert.“ Der Blatt weiß zu berichten: „Als weitere Option hält Griesert die Niederlegung seines Kreismandates für nicht ausgeschlossen.“

Auch wenn das geschehen mag, bleibt die Frage im Raum, wie konnte eine solche Person überhaupt aufgestellt werden? Denn eins steht fest: Griesert hat eine nationale Gesinnung und eine narzisstische Einstellung.

Der PDS-Landesvorstand will in der Tagespresse im Rhein-Sieg-Kreis eine Anzeige schalten und sich bei den Wählerinnen und Wählern entschuldigen.

Beschluss des PDS Landesvorstandes NRW

Der Landesvorstand der PDS Nordrhein-Westfalen erklärt auf seiner Sit-

zung am 16.10.2004 zum so genannten Bündnis von NPD und PDS im Kreistag Rhein/Sieg:

1. Der für die PDS in den Kreistag Rhein/Sieg gewählte Uwe Bernd Griesert ist einem Ausschlussantrag durch seinen gestern per Fax bekundeten Austritt zuvorgekommen. Wer sich mit Neonazis und Rechtsextremisten gemein macht – in welcher Form auch immer – hat keinen Platz in der PDS. Faschismus ist für uns keine Gesinnung, sondern ein Verbrechen, der Antifaschismus gehört daher zu unseren Grundüberzeugungen. Mit Antidemokraten verbietet sich jede Zusammenarbeit, auch „technische Fraktionsgemeinschaften“.

2. Wir fordern Herrn Griesert nachdrücklich auf, unverzüglich sein Kreistagsmandat zurückzugeben, das er unter völlig anderen Voraussetzungen erworben hat: Als Vertreter der PDS mit klarem Programm gegen rechts. Diese Art des Wählerbetrugs kann nicht hingenommen werden.

3. Wir legen großen Wert auf die Feststellung, dass die Absprachen zwischen Herrn Griesert und den rechtsextremen Parteien völlig an Kreis- und Landesverband vorbei erfolgt sind. Hier wollte ein geltungssüchtiger Mensch „große Politik“ spielen. Trotzdem müssen wir uns der Frage stellen, wie ein solcher Kandidat ins Rennen geschickt werden konnte und unsere Schwachstellen analysieren. Wir werden daraus die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Die PDS NRW entschuldigt sich bei ihren Wählerinnen und Wählern; wir verstehen, dass sie sich getäuscht fühlen. *Zusammenstellung: jöd*

23. Oktober, Köln. *Zerstörung des Sozialstaats und Widerstand in Europa.* Die als „Reform“ getarnte Zerstörung des Sozialstaates ist längst ein gemeinsames Projekt der Europäischen Union. Nur ein vernetzter, gut organisierter Widerstand kann eine Abkehr vom herrschenden Kurs erreichen. Wie geht es nach vielversprechenden Anfängen weiter? Mit TeilnehmerInnen aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Deutschland. Veranstalter: Rosa Luxemburg Stiftung NRW. Ort: Alte Feuerwache, Melchiorstraße 3, 50670 Köln

30./31. Oktober, Potsdam: *Parteitag der PDS, Neuwahl Parteivorstand*

30./31. Oktober, Nürnberg: *Jahreskonferenz der „Gruppe Arbeiterstimme“.* Als Themen sind vorgesehen: Zur Lage der Gruppe / Die Krise im Osten und die Protestbewegung / Diskussion um eine neue Linkspartei / Gewerkschaftspolitik: Brechen alle Dämme? / Zur Lage in Großbritannien. Anmeldung über: Thomas Gradl, Postfach 910 307, 90261 Nürnberg, oder Telefon: 09 11 / 5 18 03 81 (abends)

31. Oktober, Brüssel: *Amtszeit der EU-Kommission endet*

2. November: *Präsidentenwahlen in den USA*

6. November 2004, Nürnberg. *Bundesweite Demonstration gegen Sozialraub, Agenda 2010 und Hartz IV zur Bundesagentur für Arbeit.*

19./20. November, München. *Parteitag der CSU.*

3./4. Dezember, Berlin: *10. Kongress Gesundheit und Armut.* Austausch über Wissensstand, Entwicklungen und Lösungsansätze zu „Armut und Gesundheit“. Auf dem Kongress wird in folgenden Themenbereichen vertieft: – Kinder- und Jugendgesundheit – Gesundheitliche Versorgung Wohnungsloser – Migration und Gesundheit – Altersarmut und Gesundheit – Arbeitslosigkeit und Gesundheit – Gesundheitsfördernde Stadt- und Gemeindeentwicklung – Abbau ungleicher Gesundheitschancen – Sucht und Armut – Patienteninteressen und Disease Management – AIDS und Armut – Behinderung und Armut – Armuts- und Gesundheitsberichterstattung – Gesundheitsziele gegen Armut – Neue Strukturen für Gesundheitsförderung – Internationale Debatten zu Armut und Gesundheit



4./5. Dezember, Kassel. *Friedenspolitischer Ratschlag 2004* Frieden durch Krieg? Für ein soziales Europa, von dem nur Frieden ausgeht! Für einen Nahen Osten ohne Krieg, Besatzung und Terror! Für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung statt neoliberaler Globalisierung! 12 Uhr: Eröffnung: Peter Strutynski, AG Friedensforschung Uni Kassel. Der neue Imperialismus: Prof. Dr. Frank Deppe, Uni Marburg. Unsere Waffe ist die friedliche Demokratie: Daniela Dahn, Publizistin. „Mit Hartz und Hand fürs Vaterland?“. Horst Schmitthenner, IG Metall. Organisatorische Hinweise: E-mail: strutype@uni-kassel.de. Tagungsbeitrag: 25 EUR bzw. 10 EUR (ermäßigt)

10. Dezember: *Deutscher Menschenrechts-Filmpreis 2004.* Am 10. Dezember, dem Jahrestag der Menschenrechtserklärung der Vereinten Nationen, gibt es jedes Jahr zahlreiche Absichtserklärungen, die viel zu oft verhallen. Aber gerade in unserer globalisierten Welt gewinnen die Wahrung und der Schutz der Menschenrechte immer stärkere Bedeutung für das nationale und internationale Zusammenleben. Doch die Menschenrechte und ihre grundlegenden Normen sind auch weltweit gefährdet. Diskussionen um das Folterverbot, das Menschenrecht auf Asyl oder das Recht auf Nahrung zeigen dass dies selbst für die demokratischen Gesellschaften gilt. In Zeiten globaler Krisen und Terrorismusbekämpfung muss die Zivilgesellschaft die Regierungen an ihre Verpflichtungen zum Schutz der Menschenrechte erinnern und auf ihrer Respektierung bestehen. Den Medien als so genannte vierte Macht kommt dabei eine wichtige Kontroll- Bildungs- und Informationsfunktion zu. Der Deutsche Menschenrechts-Filmpreis setzt an dieser Schlüsselfunktion der Medien für unsere Wirklichkeitsauffassung und Handlungsfelder an. Er will die Menschenrechte ins Zentrum von Öffentlichkeit und Politik rücken, dort wo ihr Platz als „Leitkultur“ menschlichen Daseins ist. Er will die Macht der Bilder zugunsten der Menschenrechte sprechen lassen. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung gehört zu den Mitveranstaltern des Menschenrechts-filmpreises 2004 und ruft zur Teilnahme an diesem Wettbewerb auf. Neben Profi- und Amateurbeiträgen werden in diesem Jahr erstmals auch Zuschauervorschläge prämiert. Anmeldeschluss für die Einreichung von eigenen Produktionen ist der 1. Oktober, bis zum 1. August können Vorschläge für den Publikumspreis eingereicht werden. Die Preisverleihung findet am 11. Dezember in Nürnberg statt.

11. Dezember, Berlin. *Festveranstaltung zum 15. Jahrestag der Gründung der PDS*

6. bis 9. Januar, Sondershausen/Thüringen. *Linke Winter-schule 2004/2005.* Themen: Kurs Wirtschaft: Momente der Wert und Preisbildung bei der Ware Arbeitskraft. Kurs Philosophie: Bildung und Erziehung – Konsequenz aus PISA, aber welche? (Nähere Beschreibungen beider Kurse siehe Pol. Berichte, 212/2004, Seite 17ff.).

20. Februar. *Landtagswahl in Schleswig-Holstein*

6. Mai, Köln. *Bundesparteitag der FDP*